



Gemeinde
Binningen

191

Voranschlag 2012

Finanzplan 2013 – 2016

Bericht und Anträge des Gemeinderats vom 20. September 2011 an den Einwohnerrat

INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis	2
Teil I: Einleitung.....	3
1. Einführung	3
1.1 Neuerungen, Anpassungen	3
1.2 Was beschliesst der Einwohnerrat?.....	3
1.3 Aufbau der Vorlage.....	3
Teil II: Der Voranschlag 2012	4
2. Gesamtüberblick	4
2.1 Das konjunkturelle und das politische Umfeld: Chancen/Risiken	4
2.2 Die Schwerpunkte im kommenden Jahr – Bezug zum Legislaturprogramm.....	5
2.3 Ergebnis Laufende Rechnung und Selbstfinanzierung.....	6
3. Die Produktgruppen im Überblick	7
3.1 PG 1 Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen.....	9
3.2 PG 2 Finanzen, Steuern	9
3.3 PG 3 Gesundheit	10
3.4 PG 4 Kultur, Freizeit/Sport	11
3.5 PG 5 Bildung	11
3.6 PG 6 Öffentliche Sicherheit.....	12
3.7 PG 7 Soziale Dienste	13
3.8 PG 8 Verkehr, Strassen.....	14
3.9 PG 9 Versorgung und Umwelt.....	15
3.10 PG 10 Hochbau und Ortsplanung	16
4. Die Leistungszentren im Überblick	18
4.1 LZ 1 Management, Personal.....	18
4.2 LZ 2 Rechnungswesen	18
4.3 LZ 3 Gebäudeunterhalt	18
4.4 LZ 4 Werkhof	19
4.5 LZ 5 Informatik	19
5. Abstimmungsbrücke	20
6. Die Verwaltungsrechnung im Überblick	22
6.1 Die Laufende Rechnung nach Artengliederung.....	22
6.2 Die Investitionsrechnung nach Artengliederung (vgl. auch ANHANG IV).....	24
Teil III: Der Finanzplan 2013 - 2016.....	26
7. Der Finanzplan 2013 – 2016	26
7.1 Entwicklung der Selbstfinanzierung.....	26
7.2 Analyse	27
7.3 Weiteres Vorgehen	28
Teil IV: Anträge.....	29
Teil V: Anhänge und Beilage.....	30

TEIL I: EINLEITUNG

1. Einführung

1.1 Neuerungen, Anpassungen

Der siebte Voranschlag mit zehn Leistungsaufträgen nach den Grundsätzen der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) liegt vor.

Im Hinblick auf zwei Pensionierungen in der Abteilung Bauadministration und Technische Betriebe (BT) wurden im 2011 die **Strukturen der Bauabteilungen nach Optimierungen** überprüft. Als wichtigstes Ergebnis hat der Gemeinderat beschlossen, die Aufgaben der Abteilung BT auf andere Abteilungen zu übertragen und die Abteilung per 1. Januar 2012 aufzulösen. Konkret werden der Werkhof in die Abteilung VSV (neu: Tiefbau und Umwelt, TU), das Bausekretariat in die Abteilung RU (neu: Hochbau und Planung, HOP) sowie die Sportanlagen und die Belegungen inkl. Kronenmattsaal-Team in die Abteilung SBK (neu Bildung, Kultur, Sport, BKS) transferiert. Damit wird der Produktsicht noch mehr Rechnung getragen: Es können Aufgaben vollumfänglich in einer Abteilung wahrgenommen und bisherige Schnittstellen – auch zu Gunsten der Einwohnerschaft - eliminiert werden.

Aufgrund der erwähnten Neuausrichtung wurden zugleich sämtliche **Umlageschlüssel überprüft und angepasst** (vgl. Bemerkungen unter Ziffer 4).

1.2 Was beschliesst der Einwohnerrat?

- Dem Einwohnerrat werden zehn Leistungsaufträge zur Beschlussfassung unterbreitet. Ein Leistungsauftrag fasst verwandte Produkte in eine Produktgruppe zusammen und legt für jedes Produkt Ziele fest. Diese sind von Gemeinderat und Verwaltung verbindlich einzuhalten bzw. anzustreben.
- Daneben verabschiedet der Einwohnerrat mit jedem einzelnen Leistungsauftrag das dazu gehörende Globalbudget. Der Einwohnerrat genehmigt also pro Produktgruppe die für die Erfüllung eines Leistungsauftrags notwendigen Nettokosten in Form eines Globalkredits.
- Einige wenige Aufwand- und Ertragspositionen können oder sollen weder direkt noch indirekt über eine Leistungsverrechnung einer Produktgruppe zugeordnet werden (z.B. Steuereinnahmen und Bussen). Diese beschliesst der Einwohnerrat separat (vgl. Kapitel 5 Abstimmungsbrücke).

1.3 Aufbau der Vorlage

Teil II dieser Vorlage befasst sich mit dem **Voranschlag**:

Kapitel 2 liefert einen Gesamtüberblick über die Schwerpunkte des kommenden Jahres und über die finanziellen Kennzahlen. Das Kapitel soll dem eiligen Leser einen Gesamteindruck über die politischen Ziele des Gemeinderats und über die Entwicklung des Gemeindehaushalts vermitteln.

Kapitel 3 bricht den Finanzhaushalt und die inhaltlichen Schwerpunkte für 2012 auf die Produktgruppen und ihre Produkte runter: Analog hierzu werden die Leistungszentren in *Kapitel 4* dargestellt. Die Abstimmungsbrücke in *Kapitel 5* erläutert den Übergang von den zehn Globalbudgets zur Laufenden Rechnung der Finanzbuchhaltung. *Kapitel 6* stellt die Verwaltungsrechnung - also Laufende Rechnung und Investitionsrechnung - jeweils aus Sicht der Kostenart (Personal-, Sachaufwand etc.) dar.

Teil III beinhaltet den **Finanzplan**. Dieser gibt einen mittelfristigen Ausblick über die erwartete finanzielle Entwicklung und liefert damit im Rahmen der Budgetberatung eine zusätzliche Entscheidungsgrundlage.

Teil IV umfasst alle **Anträge** des Gemeinderats, **Teil V** sämtliche Anhänge. Die zehn Leistungsaufträge sind der Beilage zu entnehmen.

TEIL II: DER VORANSCHLAG 2012

2. Gesamtüberblick

2.1 Das konjunkturelle und das politische Umfeld: Chancen/Risiken

Das Umfeld, in dem der Voranschlag 2012 und der Finanzplan 2013 – 2016 erarbeitet wurden, ist geprägt von einigen Unsicherheiten, die von Seiten der Gemeinde gar nicht oder nur schwerlich beeinflussbar sind.

- Die Schweizer **Wirtschaft** konnte trotz der Finanzkrise im 2008 ein beachtliches Wachstum verzeichnen. Die Aussichten für 2012 werden vor allem durch den starken Franken sowie die schwächere weltweite Konjunkturentwicklung geprägt (Schuldenkrise in Europa, Staatsschulden der USA, Rezession in Japan). Gemäss Auguren soll das inländische BIP-Wachstum 2012 knapp 2% betragen (Erwartungen für 2011: 1%). Die Teuerung soll bei gut 1% zu liegen kommen, der Arbeitsmarkt zeigt sich mit einer Arbeitslosenquote von unter 3% im internationalen Vergleich in einer guten Verfassung.¹ Aufgrund der Erfahrungen in den letzten Jahren bleibt es schwierig, auf der Basis dieser Prognosen Rückschlüsse für die Region geschweige denn für den Binninger Haushalt zu ziehen.
- **Steuereinnahmen:** Die Berechnung der Steuereinnahmen für 2012 basiert auf dem Ergebnis 2010 und einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum für 2011 und 2012 von gut 2%. Dieser Abschlag gegenüber dem Standardwachstum von 3% war nötig, weil im 2010 die effektiven Steuererträge der Juristischen Personen durch die höheren Steuersätze älterer Steuerjahre (vor 2010) geprägt waren.²
- **Finanzausgleich (FAG):** Im Vergleich zum Rechnungsjahr 2010 (CHF 13,2 Mio.) ist im laufenden Jahr die Belastung aus dem gesamten Finanzausgleich für die Gemeinde tiefer ausgefallen (CHF 12,3 Mio.). Für 2012 wird mit einer leicht höheren Belastung von rund CHF 12,7 Mio. gerechnet (vgl. Ziffer 5 Abstimmungsbrücke).

Für die Jahre 2010 und 2011 sind noch Beschwerden – unter anderem auch der Gemeinde Binningen - beim Kantonsgericht hängig. Diese sind im Moment sistiert, da Binningen zusammen mit neun anderen Gemeinden eine Initiative zur Änderung des Finanzausgleichs eingereicht hat. Diese sieht die Einführung eines maximalen Abschöpfungssatzes für Gebergemeinden und die Streichung der Zusatzbeiträge an die finanzschwächsten Gemeinden vor. Der Regierungsrat schlägt dem Landrat demgegenüber vor, lediglich den maximalen Abschöpfungssatz einzuführen. Der Landrat wird im 2012 über die Initiative und den regierungsrätlichen Vorschlag entscheiden.³

- **Umsetzung der Pflegefinanzierung:** Der Bund hat die Finanzierung von Pflegeleistungen in Alters- und Pflegeheimen sowie der Spitex per 1.1.2011 neu geregelt. Der Landrat des Kantons Basellandschaft hat die gesetzlichen Grundlagen im Dezember 2010 entsprechend angepasst. Grundlage für die Kostenübernahme durch die Krankenversicherung, den Selbstbehalt und die Restfinanzierung bei der Langzeitpflege sind die anrechenbaren Normkosten für die Pflegeleistungen. Diese sind im Krankenversicherungsgesetz (KVG) nicht festgelegt und mussten deshalb vom Kanton selber berechnet werden. Die vom Regierungsrat beschlossenen Normkosten für 2011 gelten für eine Übergangszeit von zwei Jahren. Aufgrund der mittlerweile vorliegenden Ergebnisse der Zeitstudie hat der Regierungsrat beschlossen, diese bereits für 2012 anzupassen. Aufgrund der Rückmeldung der Institutionen geht der Gemeinderat für 2012 von einer zusätzlichen Belastung von rund CHF 0,9 Mio. aus; Tendenz steigend, da in Binningen die Anzahl der Bewohnerinnen und Bewohnern von Pflegeheimen mit dem Bau des Zentrums Schlossacker zunehmen wird.

¹ Quellen: BAK Basel Economics AG, KOF Konjunkturforschungsstelle

² Die Halbierung der Ertrags- und Kapitalsteuersätze ab 2010 erfolgte im Rahmen der Unternehmenssteuerreform I.

³ Die Vorlage des Regierungsrates an den Landrat ist unter folgendem link abrufbar:
<http://www.baselland.ch/fileadmin/baselland/files/docs/parl-ik/vorlagen/2011/2011-193.pdf>.

- **Kommunale Aufgabenüberprüfung (KAP); Controlling:** Der Gemeinderat hat das Aufgabenportefeuille der Gemeinde einer Prüfung nach nachhaltigem Einsparungspotential unterzogen und dem Einwohnerrat am 21. Mai 2010 eine Vorlage unterbreitet (Geschäft Nr. 100). Bereits im Voranschlag 2011 sind jene Massnahmen eingeflossen, die im Kompetenzbereich des Gemeinderats lagen. Daraus ergab sich eine wiederkehrende Entlastung des Gemeindehaushalts von knapp CHF 0,5 Mio.
Am 28. Februar 2011 hat der Einwohnerrat die Massnahmen, welche in seinem Kompetenzbereich liegen, beraten und den Gemeinderat beauftragt, ihm verschiedene Vorlagen zu unterbreiten. Aus ANHANG I dieser Vorlage kann der aktuelle Stand dieser Massnahmen entnommen werden. Über die zu prüfenden Massnahmen gemäss Anhang 3 des KAP-Berichts informiert der Gemeinderat den Einwohnerrat im Rahmen einer separaten Vorlage.
- **Wichtige laufende Geschäfte die nicht / teilweise berücksichtigt sind:**
 - **Entlastungspaket des Kantons:** Zurzeit der Budgetierung war die Vernehmlassung im Gange. Gemäss Regierungsrat gleichen sich Mehreinnahmen und Mehrausgaben auf Seite der Gemeinden etwa aus.
 - **Ausfinanzierung Gemeindeanteil an der Deckungslücke der Pensionskasse.** Der Einwohnerrat hat im Juni 2011 einen Betrag von CHF 1 Mio. zurückgestellt. Der Gemeinderat verzichtet darauf, im kommenden Budget und Finanzplan weitere Beträge für die Ausfinanzierung einzustellen. Er geht davon aus, dass diese sich über einen längeren Horizont hinziehen wird.
 - **Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell (HRM2):** Der Einführungstermin vom HRM2 für die Gemeinden des Kantons Basel-Landschaft wurde von 2013 auf 2014 verschoben. Der Entwurf einer neuen Rechtsgrundlage ging in Vernehmlassung. Vorgesehen ist eine stärkere wirtschaftliche Betrachtungsweise, als dies heute der Fall ist. So sind Anpassungen in den Bereichen Vermögensbewertung, Abschreibungen und Vorfinanzierungen vorgesehen; allerdings noch nicht mit dem vorliegenden Budget.

2.2 Die Schwerpunkte im kommenden Jahr – Bezug zum Legislaturprogramm

Die Schwerpunkte des kommenden Jahres stehen im Zeichen des Abschlusses des Legislaturprogramms 2008 - 2012 des Gemeinderats. Über den Gesamtstand der Umsetzung wird der Einwohnerrat in einer separaten Vorlage gegen Ende der Legislaturperiode informiert.

- **Sportanlagen Spiegelfeld:** Die Arbeiten für einen zweistufigen Gesamtleistungswettbewerb für das neue Garderobengebäude wurden aufgenommen. Nach Abschluss des Wettbewerbs wird dem Einwohnerrat eine Vorlage zur Beratung und Genehmigung des Baukredits unterbreitet.
- **Schulraumplanung:** Im Rahmen der kommunalen Schulraumplanung wird der Gemeinderat dem Einwohnerrat eine Vorlage unterbreiten. Diese wird einen Überblick über sämtliche Massnahmenfelder geben (u.a. Zusammenlegung der Kindergarten- und Primarschulstandorte, Ausrichtung der vier Primarschulstandorte auf sechs Klassenzüge, Unterbringung der gesamten Sekundarschulstufe in der Schulanlage Spiegelfeld, energetische Sanierung der Schulliegenschaften) und einen entsprechenden Kreditantrag beinhalten.
- Weiter werden aus dem Legislaturprogramm im kommenden Jahr die Projekte
 - Erarbeitung eines Alterskonzepts,
 - Erarbeitung eines kommunalen Reglements über die familienergänzende Kinderbetreuung (FEB) sowie
 - Erhöhung des Anteils an erneuerbarer Energie bei der WBA abgeschlossen.

2.3 Ergebnis Laufende Rechnung und Selbstfinanzierung

Bei einem Steuerfuss von 46% beträgt der Selbstfinanzierungsgrad für das Voranschlagsjahr 2012 71,3%. Über die Periode von acht Jahren (2005 – 2012) weist der Haushalt einen kumulierten Finanzierungsüberschuss gemäss §41 der Gemeindeordnung von CHF 3,88 Mio. aus.⁴ Der durchschnittliche achtjährige Selbstfinanzierungsgrad (SFG) liegt entsprechend bei 109,3% und übertrifft somit die Vorgabe von 100%.

Dieses Ergebnis wird vor allem deshalb erreicht, weil zur Berechnung des SFG Investitionen in das Verwaltungsvermögen mit einem Nettobetrag von mehr als CHF 10 Mio. über 16 Jahre amortisiert werden können. Das bedeutet, dass die bisher getätigten Investitionen für das zweite Alters- und Pflegeheim Zentrum Schlossacker nur pro rata berücksichtigt werden müssen.

Mio. CHF	RG 2008	RG 2009	RG 2010	Progn. 2011	VA 2012
Jährlicher Selbstfinanzierungsgrad	100.0%	104.1%	167.3%	1803.5%	71.3%
Finanzierungssaldo über 8 Jahre (- = Fehlbetrag)	4.4	1.6	4.7	7.6	3.9
Durchschnittl. Selbstfinanzierungsgrad über 8 Jahre	109.7%	103.2%	109.9%	118.8%	109.3%
Steuerfuss in %	46%	46%	46%	46%	46%

Für die Laufende Rechnung erwartet der Gemeinderat einen Gewinn im Umfang von CHF 5730. Der Cash Flow ohne Spezialfinanzierungen beträgt CHF 3,40 Mio., die Nettoinvestitionen liegen bei CHF 5,84 Mio.

Mio. CHF	RG 2008	RG 2009	RG 2010	Progn. 2011	VA 2012
Ertrag	75.79	72.94	74.18	73.87	73.72
- Aufwand	75.79	72.94	74.17	73.87	73.72
= Ergebnis (- = Aufwandüberschuss)	0.00	0.00	0.00	0.00	0.01
+ Abschreibungen aus Investitionen	11.27	6.72	4.78	4.38	3.80
- Abschreibungen Spezialfinanzierungen	- 0.13	- 0.67	- 0.65	- 0.84	- 0.40
= Cash Flow Einwohnerkasse	11.14	6.06	4.13	3.54	3.40
- Nettoinvestitionen	11.14	5.82	2.47	7.64	5.84
= Finanzierungssaldo (- = Fehlbetrag)	0.00	0.24	1.66	- 4.10	- 2.44
Selbstfinanzierungsgrad	100.0%	104.1%	167.3%	46.4%	58.3%

⁴ Sämtliche Zahlen sind gerundet, Abweichungen aufgrund von Rundungsdifferenzen sind möglich.

3. Die Produktgruppen im Überblick

Die Globalbudgets der zehn Produktgruppen umfassen einen Netto-Aufwand von CHF 39,2 Mio. (VA 2011: CHF 38,2 Mio., bereinigt vgl. unten). Gegenüber dem Vorjahr nimmt der Aufwand um CHF 1,0 Mio. bzw. um rund 2,6% zu.

Der Finanzausgleich wird wie im Voranschlag 2011 ausserhalb der Globalbudgets erfasst. Um eine bessere Vergleichbarkeit und Beurteilung der Zahlen zu ermöglichen, wurden die Vorjahre (in Abweichung zur offiziellen Berichterstattung) entsprechend angepasst. Betroffen sind die Produktgruppen Gesundheit, Soziale Dienste und Verkehr, Strassen und die jeweiligen Jahrestotale. Auch berücksichtigt wurde die Zusammenlegung der beiden bisherigen Produkte 9.6 Energieversorgung und 10.3 Umwelt zu neu 9.6 Umwelt (vgl. Ziffer 3.9).

Über die finanzielle Entwicklung und geplante Vorhaben in den einzelnen Produktgruppen und Produkten geben die folgenden Seiten Auskunft.

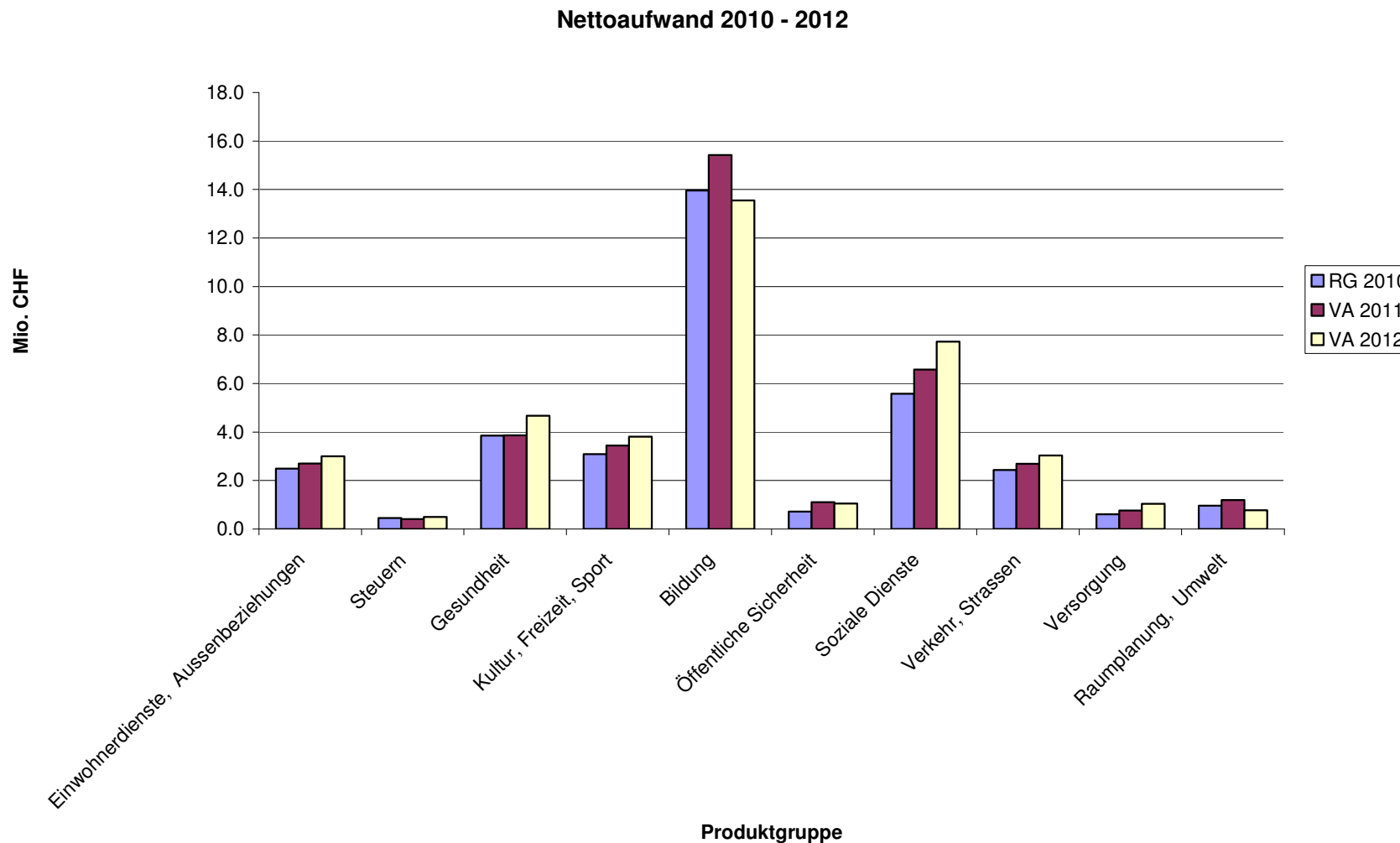
Tabelle 2

Mio. CHF	RG 2008	RG 2009	RG 2010	VA 2011	VA 2012	Differenz VA / VA	
Aufwand aller Globalbudgets total	56.8	50.0	50.9	54.4	53.8	- 0.6	-1%
Ertrag aller Globalbudgets total	16.2	16.1	16.8	16.3	14.7	- 1.6	-10%
Globalbudget	- 40.6	- 33.9	- 34.1	- 38.2	- 39.2	- 1.0	3%
1 Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	- 2.5	- 2.4	- 2.5	- 2.7	- 3.0	- 0.3	11%
2 Steuern	- 0.3	- 0.5	- 0.5	- 0.4	- 0.5	- 0.1	21%
3 Gesundheit *	- 4.3	- 3.7	- 3.8	- 3.9	- 4.7	- 0.8	21%
4 Kultur, Freizeit/Sport	- 3.2	- 3.2	- 3.1	- 3.5	- 3.8	- 0.4	10%
5 Bildung	- 13.3	- 14.1	- 14.0	- 15.4	- 13.6	1.9	-12%
6 Öffentliche Sicherheit	- 0.8	- 0.8	- 0.7	- 1.1	- 1.0	0.1	-5%
7 Soziale Dienste *	- 10.9	- 5.2	- 5.6	- 6.6	- 7.7	- 1.1	17%
8 Verkehr, Strassen *	- 3.9	- 2.4	- 2.4	- 2.7	- 3.0	- 0.3	13%
9 Versorgung **	- 0.7	- 0.7	- 0.6	- 0.8	- 1.0	- 0.3	36%
10 Raumplanung, Umwelt **	- 0.9	- 1.0	- 1.0	- 1.2	- 0.8	0.4	-35%

* Ab 1. Januar 2010 ist das neue Finanzausgleichsgesetz in Kraft. Der Ausweis des horizontalen Finanzausgleichs erfolgt ab Voranschlag 2010 ausserhalb der Globalbudgets. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden die Vorjahre im Vergleich zur offiziellen Berichterstattung entsprechend angepasst.

** Ab Voranschlag 2012 wurde im Rahmen der Neuorganisation der Bauabteilungen das Produkt "Umwelt" von Produktgruppe 10 in die Produktgruppe 9 umgliedert.

Grafik 1 illustriert den Nettoaufwand (in Mio. CHF) der Produktgruppen für die Jahre 2010 - 2012:



3.1 PG 1 Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen

Tausend CHF	RG	RG	RG	VA	VA	Differenz		Finanzplan				Differenz Ø 12/16
	2008	2009	2010	2011	2012	VA/ VA		2013	2014	2015	2016	
Aufwand total	2 782	2 692	2 726	2 953	3 262	309	10%	3 298	3 335	3 372	3 410	1%
Ertrag total	301	284	230	254	270	16	6%	270	270	270	270	0%
Globalbudget	-2 481	-2 408	-2 496	-2 699	-2 992	-294	11%	-3 028	-3 065	-3 102	-3 140	1%
A. Produktbudgets netto												
1.1 Einwohnerdienste	- 538	- 486	- 566	- 747	- 800	- 52	7%	- 812	- 825	- 838	- 851	2%
1.2 Einwohnerrat	- 243	- 305	- 301	- 287	- 274	13	-4%	- 277	- 279	- 281	- 283	1%
1.3 Gemeinderat	-1 202	-1 111	-1 098	-1 118	-1 239	- 121	11%	-1 254	-1 269	-1 284	-1 300	1%
1.5 Aussenbeziehungen	- 83	- 88	- 82	- 72	- 73	- 1	1%	- 73	- 73	- 73	- 73	0%
B. Produktgruppengemeinkosten	- 414	- 418	- 449	- 474	- 606	- 132	28%	- 536	- 543	- 550	- 634	1%

Einwohnerdienste: Für 2012 rechnet der Gemeinderat mit mehreren kommunalen Abstimmungen (u.a. Teilrevision Gemeindeordnung, Initiative Landschaftsschutz, Schulraumplanung). Zudem finden im 2012 die kommunalen Gesamterneuerungswahlen von Einwohner- und Gemeinderat statt. Für die Erneuerungswahlen alleine sind Personalkosten (Wahlbüro, Stimmzählende) von rund CHF 40 000 veranschlagt.

Sämtliche Schalter der Einwohnerdienste sind mittlerweile mit EC-Terminal ausgestattet, was von der Kundschaft sehr geschätzt und rege genutzt wird. Nachdem nun einige kostenpflichtige Dienstleistungen auch am Empfangsschalter erbracht werden, soll dort ebenfalls ein EC-Terminal installiert werden (CHF 3000).

Einwohnerrat: Ab 1.1.2012 gelten neue Vergütungsansätze von CHF 50 und CHF 100. Diese bewirken einen Rückgang des Sitzungs- und Vorbereitungsaufwands. Der Personalaufwand für die Sekretariatsstelle ist ebenfalls tiefer als im Vorjahr: Seit 1.1.2011 ist diese Stelle mit einem 90% Penum (vorher 100%) dotiert. Davon werden neu 10% für die Personaladministration verwendet und dem Leistungszentrum 1 Management, Personal belastet.

Gemeinderat: Aufgrund des Legislaturwechsels sind ein Anlass des Gremiums budgetiert sowie ein „Preesifesch“. Geplant sind auch Treffen mit drei Nachbargemeinden. Für eine verstärkte Unterstützung der Verwaltung im Bereich der Kommunikation wurden rund CHF 0,1 Mio. eingestellt.

Aussenbeziehungen: Für Entwicklungshilfe und Katastrophenhilfe sind die Beträge gegenüber dem VA 2011 nahezu unverändert. Erhöht wurde der Beitrag für Katastrophenhilfe von CHF 5000 auf CHF 10 000. Diese Erhöhung wird neutralisiert durch einen Minderaufwand beim Personalaufwand: das Produkt benötigt nur noch 4 Stellenprozent.

3.2 PG 2 Finanzen, Steuern

Tausend CHF	RG	RG	RG	VA	VA	Differenz		Finanzplan				Differenz Ø 12/16
	2008	2009	2010	2011	2012	VA/ VA		2013	2014	2015	2016	
Aufwand total	2 059	2 083	2 222	2 198	2 139	- 60	-3%	2 169	2 199	2 230	2 262	1%
Ertrag total	1 743	1 586	1 767	1 787	1 643	- 145	-8%	1 643	1 643	1 643	1 643	0%
Globalbudget	- 316	- 496	- 454	- 411	- 496	- 85	21%	- 526	- 557	- 588	- 619	6%
A. Produktbudgets netto												
2.1 Steuern	- 517	- 556	- 687	- 592	- 601	- 9	2%	- 620	- 640	- 660	- 681	3%
2.2 Finanzvermögen	443	309	501	485	505	20	4%	499	493	486	480	-1%
B. Produktgruppengemeinkosten	- 242	- 249	- 268	- 304	- 400	- 96	32%	- 405	- 409	- 414	- 419	1%

Steuern: Im Produkt Steuern werden im Vergleich zum Vorjahr weder bei den Aufwendungen noch bei den Erträgen wesentliche Änderungen erwartet.

Finanzvermögen: Der Nettoertrag des Finanzvermögens liegt etwas über dem Vorjahr. Grund für dieses Ergebnis sind einerseits Minderaufwendungen beim Personal (durch indirekte Verbuchung über die Liegenschaftsverwaltung bzw. über Umlagen) sowie beim Sachaufwand (baulicher Unterhalt anstatt 1% des Versicherungswertes der Liegenschaften nur 0,9%) und andererseits tiefere Umlagen durch Anpassung des Umlageschlüssels des Leistungszentrums 4. Diese positiven Effekte werden grösstenteils durch tiefere

Mietzinseinnahmen kompensiert. Im Vergleich zum Voranschlag 2011 entfallen weitere Objekte durch Abbruch bzw. Umnutzung.

3.3 PG 3 Gesundheit

Tausend CHF	RG	RG	RG	VA	VA	Differenz		Finanzplan				Differenz Ø 12/16
	2008	2009	2010	2011	2012	VA/ VA		2013	2014	2015	2016	
Aufwand total	3 392	3 813	3 921	3 912	4 729	817	21%	4 738	4 747	4 757	4 766	0%
Ertrag total	86	67	74	52	52	0	0%	52	52	52	52	0%
Globalbudget	-3 306	-3 746	-3 847	-3 860	-4 677	- 817	21%	-4 686	-4 695	-4 705	-4 714	0%
A. Produktbudgets netto												
3.1 Gesundheitsförderung	- 68	- 69	- 69	- 71	- 114	- 43	60%	- 115	- 115	- 116	- 117	1%
3.2 Ambulante Gesundheits- und Betagtenangebote	-1 981	-1 997	-1 964	-1 959	-1 929	30	-2%	-1 934	-1 938	-1 943	-1 948	0%
3.3 Familienexterne Kinderbetreuung	-1 134	-1 514	-1 588	-1 617	-1 609	8	-1%	-1 610	-1 612	-1 614	-1 615	0%
3.4 Stationäre Angebote *	- 15	- 30	- 64	- 30	- 865	- 835	2783%	- 865	- 865	- 865	- 865	0%
B. Produktgruppengemeinkosten	- 108	- 136	- 162	- 183	- 160	23	-13%	- 162	- 164	- 167	- 169	1%

* Ab 1. Januar 2010 ist das neue Finanzausgleichsgesetz in Kraft. Der Ausweis des horizontalen Finanzausgleichs erfolgt ab Voranschlag 2010 ausserhalb der Globalbudgets. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, erfolgt der Ausweis 2008 - 2009 im Vergleich zur offiziellen Berichterstattung ebenfalls ohne Finanzausgleich.

Gesundheitsförderung: Der Gemeinderat hat mit dem Offenen Treffpunkt (OT) auf den 1.11.2011 eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen: Die Institution ist im Familienzentrum (FAZ) untergebracht und vermittelt Eltern bzw. Ratsuchende an hausinterne und -externe Institutionen im Bereich von Erziehung, Prävention und Integration. Sie richtet dabei ein besonderes Augenmerk auf Integrations- und Migrationsfragen. Weiter bietet der OT eine deutschsprachige Spielgruppe für fremdsprachige Kinder im Vorschulalter an.

Der Pro-Kopfbeitrag für die Mütter-, Väterberatung wird für Jahr 2012 von CHF 4 auf CHF 4,50 erhöht. Diese Anpassung wird nötig, weil die ausgebildeten Pflegefachfrauen gemäss neuem Besoldungssystem eine Lohnklasse besser eingestuft sind.

Ambulante Gesundheits- und Betagtenangebote: Der Gemeindebeitrag an die Spitex (kommunale und überkommunale) wurde bereits für 2011 im Rahmen von KAP mit einem Kostendach von CHF 1,7 Mio. versehen. Diese Vorgabe kann dank Steigerung des Anteils der anrechenbaren Kosten an den Gesamtkosten in den letzten Jahren auch im 2012 eingehalten werden.

Familienexterne Kinderbetreuung: Mit KAP hat der Gemeinderat entschieden, das Budget 2011 auf dem Stand des Budget 2010 (CHF 1,5 Mio.) einzufrieren. Die Umstellung von der Objekt- zur Subjektfinanzierung soll auf das Jahr 2012 und - falls bis dann schon vorliegend - unter Berücksichtigung der kantonalen Rechtsgrundlagen erfolgen. Die Auswirkungen dieser Umstellung sind zum Zeitpunkt der Budgetierung noch offen. Es ist der bisherige Betrag eingestellt.

Stationäre Angebote: Die neuen Pflegebeiträge durch die Gemeinde im Rahmen der Pflegefinanzierung sind vom Kanton während des Budgetprozesses festgelegt worden. Aufgrund von Hochrechnungen wurde im Budget ein Betrag von rund CHF 0,9 Mio. eingestellt.

3.4 PG 4 Kultur, Freizeit/Sport

Tausend CHF	RG	RG	RG	VA	VA	Differenz		Finanzplan				Differenz Ø 12/16
	2008	2009	2010	2011	2012	VA/ VA		2013	2014	2015	2016	
Aufwand total	3 931	3 797	3 735	3 996	4 380	383	10%	4 427	4 476	4 525	4 576	1%
Ertrag total	735	601	652	546	570	24	4%	570	570	570	570	0%
Globalbudget	-3 196	-3 197	-3 083	-3 451	-3 810	- 359	10%	-3 857	-3 906	-3 955	-4 006	1%
A. Produktbudgets netto												
4.1 Kultur	- 723	- 707	- 682	- 776	-1 238	- 463	60%	-1 252	-1 266	-1 280	-1 294	1%
4.2 Freizeit und Sport	-1 855	-1 817	-1 743	-1 949	-2 298	- 349	18%	-2 329	-2 361	-2 393	-2 426	1%
B. Produktgruppengemeinkosten	- 618	- 673	- 658	- 726	- 273	453	-62%	- 276	- 279	- 283	- 286	1%

Kultur: Der Gemeinderat sieht vor, den Beitrag an das Theater Basel von bisher CHF 20 000 auf CHF 40 000 zu erhöhen.

Freizeit/Sport: Am 23. Mai hat der Einwohnerrat den Planungskredit für den Bau oder die Sanierung des Garderobengebäudes beim Sportplatz Spiegelfeld von CHF 0,27 Mio. beschlossen. Die Planungsarbeiten sind nach unbenütztem Ablauf der Referendumsfrist mit einer Gebäudeanalyse und den Vorbereitungen für die Ausschreibung eines zweistufigen Gesamtleistungswettbewerbs (Totalunternehmerlösung) aufgenommen worden. Dem Einwohnerrat soll der entsprechende Baukredit im 2012 beantragt werden.

3.5 PG 5 Bildung

Tausend CHF	RG	RG	RG	VA	VA	Differenz		Finanzplan				Differenz Ø 12/16
	2008	2009	2010	2011	2012	VA/ VA		2013	2014	2015	2016	
Aufwand total	16 173	17 179	17 063	18 329	16 101	-2 227	-12%	16 377	16 659	16 946	17 238	2%
Ertrag total	2 909	3 086	3 100	2 904	2 549	- 355	-12%	2 549	2 549	2 549	2 549	0%
Globalbudget	-13 264	-14 093	-13 963	-15 424	-13 552	1 872	-12%	-13 828	-14 110	-14 397	-14 689	2%
A. Produktbudgets netto												
5.1 Kindergarten, Primarschule	-10 311	-10 815	-10 755	-12 007	-11 542	465	-4%	-9 989	-10 195	-10 405	-12 407	2%
5.2 Musikschule	-1 130	-1 229	-1 256	-1 495	-1 294	201	-13%	-1 344	-1 395	-1 447	-1 500	4%
5.3 Sekundarschule	- 511	- 594	- 481	- 403	494	897	-222%	492	490	488	486	0%
5.4 Erwachsenenbildung	- 94	- 79	- 96	- 94	- 73	21	-23%	- 75	- 77	- 79	- 81	3%
5.5 Gesundheitsförderung und Beratungsstellen	- 186	- 228	- 269	- 259	- 266	- 7	3%	- 269	- 271	- 273	- 276	1%
B. Produktgruppengemeinkosten	-1 031	-1 148	-1 108	-1 166	- 872	294	-25%	- 881	- 891	- 901	- 911	1%

Projekt Schulraumplanung: Im Kanton Baselland werden die Primarschule auf sechs Jahre verlängert und die Sekundarschule auf drei Jahre verkürzt. Für die Sekundarschule Binningen-Bottmingen bedeutet dies, dass die gesamte Sekundarschulstufe in der Schulanlage Spiegelfeld untergebracht werden kann. Parallel dazu sollen die Kindergärten auf die vier Primarschulstandorte Dorf, Neusatz, Meiriacker und Mühlematt konzentriert und müssen diese Standorte mit baulichen Massnahmen auf sechsjährige Primarschulzüge ausgerichtet werden. Das Projekt umfasst auch energetische Sanierungsmassnahmen an den einzelnen Standorten. Der Gemeinderat sieht vor, dem Einwohnerrat eine entsprechende Kreditvorlage zu unterbreiten. Die Beratung sowie eine allfällige Volksabstimmung würden voraussichtlich im 2012 stattfinden. Der Investitionsbetrag für das gesamte Massnahmenpaket liegt auf der Basis von ersten Grobkostenschätzungen (+/- 20%) bei brutto rund CHF 13 Mio. (netto rund CHF 10 Mio.). Diese Summe verteilt sich auf die Jahre 2012 bis 2017.

Kindergarten/Primarschule: Seit Sommer 2011 wird an der Primarschule aufgrund leicht rückläufiger Kinderzahlen gegenüber dem Voranschlag 2011 eine Regelklasse weniger geführt (neu insgesamt 25 Regelklassen). Die effektive Zahl der zu bildenden Klassen für das Schuljahr 2012/13 steht erst im April 2012 fest.

Bei den Mittagstischen und der Nachmittagsbetreuung erwartet der Gemeinderat eine Zunahme der Nachfrage. Für das kommende Jahr wurde ein Nettoaufwand von rund CHF 0,24 Mio. veranschlagt (2011: 0,30 Mio.). Neu soll für die Kinder von Kindergarten und Primarschule ab Sommer 2012 eine Ferienbetreuung

eingeführt werden. Die Ferienbetreuung soll ganz- oder halbtagesweise gebucht werden können und während 9 Wochen pro Jahr angeboten werden. Hierfür sind CHF 10 000 ins Budget eingesetzt worden. Dem Einwohnerrat wird eine entsprechende Vorlage unterbreitet.

Musikschule: Die Zahl der im Rahmen des Budgets zu bewilligenden Lektionen ist erstmals leicht rückläufig. Für das Jahr 2011 wurden 410 Unterrichtslektionen budgetiert, für das Jahr 2012 noch 402.

Die Musikschule plant die Durchführung eines Musicals im Jahre 2012. Wie bereits im Vorjahr angekündigt, wird hierfür ein Betrag von CHF 9000 ins Budget eingesetzt.

Sekundarschule: Die Leistungen der Gemeinde für die Sekundarschule beschränken sich ab Sommer 2011 lediglich noch auf freiwillige Beiträge an die Gesundheitsförderung. Umgekehrt bezahlt der Kanton weiterhin Miete für die Räumlichkeiten, die er für das Niveau A im Mühlemattschulhaus nutzt.

Gesundheitsförderung und Beratungsstellen: Es ist eine Einlage von CHF 40 000 in die Kasse der Kinder- und Jugendzahnpflege vorgesehen.

3.6 PG 6 Öffentliche Sicherheit

Tausend CHF	RG	RG	RG	VA	VA	Differenz		Finanzplan				Differenz Ø 12/16
	2008	2009	2010	2011	2012	VA/VA	VA/VA	2013	2014	2015	2016	
Aufwand total	1 549	1 518	1 594	1 767	1 758	- 9	-1%	1 781	1 805	1 829	1 853	1%
Ertrag total	784	766	881	668	711	43	6%	711	711	711	711	0%
Globalbudget	- 765	- 751	- 713	-1 098	-1 046	52	-5%	-1 070	-1 093	-1 117	-1 142	2%
A. Produktbudgets netto												
6.1 Gemeindeführungsstab	- 22	- 21	- 22	- 36	- 36	0	0%	- 36	- 36	- 37	- 37	1%
6.2 Feuerwehr	- 106	- 75	- 58	- 133	- 140	- 7	5%	- 148	- 156	- 164	- 173	5%
6.3 Gemeindepolizei	- 312	- 329	- 259	- 374	- 335	38	-10%	- 342	- 350	- 357	- 364	2%
6.4 Zivilschutzorganisation	- 65	- 51	- 93	- 217	- 203	14	-7%	- 206	- 210	- 213	- 217	2%
B. Produktgruppengemeinkosten	- 260	- 275	- 282	- 339	- 333	6	-2%	- 337	- 342	- 346	- 351	1%

Feuerwehr: Im Bereich Nachwuchsförderung soll eine gemeinsame Jugendfeuerwehr Binningen/Allschwil ins Leben gerufen werden. Ziel ist es, die Jugendlichen möglichst früh für die Feuerwehrarbeit zu begeistern und sie dann bei Erreichen des Feuerwehrpflichtalters für die Ortsfeuerwehr zu gewinnen. Es wurden hierfür CHF 10 000 ins Budget 2012 genommen. Voraussichtlich beteiligt sich die Gebäudeversicherung Basellandschaft an den Kosten.

Gemeindepolizei: Die bestehende Radarsoftware (OM) soll durch eine verbesserte Version (Zephir) ersetzt werden (CHF 14 000). Zephir bietet nebst diversen technischen Erweiterungen eine optimierte Datenverarbeitung und ein verbessertes Handling generell.

Zivilschutz: Ein grosser Teil des Zivilschutzmaterials u.a. Material der Einsatzzüge muss gemäss Kanton ersetzt werden. Die Beschaffung soll innerhalb von fünf Jahren abgeschlossen sein. Für die ebenfalls vom Kanton vorgegebene Erneuerung der persönlichen Ausrüstung der Zivilschutzangehörigen wird für 2012 ein Betrag von CHF 50 000 eingestellt. Es wird zu prüfen sein, ob die durch die Ersatzanschaffungen entstehenden Kosten ganz oder teilweise dem Konto Ersatzabgaben Schutzraumbau belastet werden können.

3.7 PG 7 Soziale Dienste

Tausend CHF	RG	RG	RG	VA	VA	Differenz		Finanzplan				Differenz
	2008	2009	2010	2011	2012	VA/ VA		2013	2014	2015	2016	Ø 12/16
Aufwand total	7 966	8 246	8 843	9 492	10 170	677	7%	10 207	10 245	10 284	10 323	0%
Ertrag total	2 948	3 015	3 262	2 915	2 445	-470	-16%	2 445	2 445	2 445	2 445	0%
Globalbudget	-5 018	-5 231	-5 581	-6 577	-7 725	-1 147	17%	-7 762	-7 800	-7 839	-7 878	0%
A. Produktbudgets netto												
7.1 Vormundschaft	-266	-327	-316	-434	-466	-32	7%	-473	-480	-487	-494	1%
7.2 Beratung, Prävention	-203	-463	-461	-471	-437	34	-7%	-441	-445	-449	-453	1%
7.3 Finanz-/Sozialhilfe *	-3 845	-3 703	-4 147	-4 836	-5 938	-1 101	23%	-5 955	-5 972	-5 990	-6 009	0%
7.4 Asyl	-89	-223	-93	-207	-155	52	-25%	-156	-157	-157	-158	0%
B. Produktgruppengemeinkosten	-615	-515	-564	-629	-729	-100	16%	-737	-746	-755	-765	1%

* Ab 1. Januar 2010 ist das neue Finanzausgleichsgesetz in Kraft. Der Ausweis des horizontalen Finanzausgleichs erfolgt ab Voranschlag 2010 ausserhalb der Globalbudgets. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, erfolgt der Ausweis 2008 - 2009 im Vergleich zur offiziellen Berichterstattung ebenfalls ohne Finanzausgleich.

Vormundschaft: Ab 2012 werden erstmals keine vormundschaftlichen Massnahmen gemäss der alten Gebührenverordnung abgerechnet. Entsprechend ist mit weiter abnehmenden Gebühreneinnahmen gegenüber den Vorjahren zu rechnen (2008: CHF 130 000, 2010: CHF 90 000, 2012: CHF 30 000). Während der Budgetierungsphase lief die Vernehmlassung zur Revision des Gesetzes über die Einführung des Zivilgesetzbuches (EG ZGB) in Sachen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht. Diese Totalrevision des neuen Vormundschaftsrechts soll ab 1.1.2013 in Kraft treten. Die konkrete Ausgestaltung sowie die finanziellen Auswirkungen für die Gemeinden sind noch offen.

Im Produkt **Beratung und Prävention** werden die Kosten der nicht gesetzlichen Leistungen (einmalige Überbrückungshilfen) und Mietzinsbeiträge ausgewiesen. Die präventiven Massnahmen sollen helfen, eine Sozialhilfeunterstützung zu vermeiden. Mit der KAP hat der Gemeinderat entschieden, die Überarbeitung des Reglements über Mietzinsbeiträge zu prüfen, diese ist in Bearbeitung. Im Voranschlag 2012 ist ein Betrag von CHF 0,20 Mio. eingestellt (Voranschlag 2011 CHF 0,22 Mio.). Neben den Mietzinsbeiträgen können gemeindeeigene Liegenschaften eingesetzt werden. Ihre Zahl ist jedoch beschränkt, die Situation im Bereich günstiger Wohnraum bleibt sehr angespannt.

Im Produkt **Finanz- und Sozialhilfe** fallen v.a. die Unterstützungsleistungen gemäss Sozialhilfegesetz ins Gewicht. Der gesamtschweizerisch prognostizierte Fallanstieg ist in Binningen für die Jahre 2010 und 2011 bei den Neuaufnahmen spürbar geworden (2009: 68, 2010: 85, Januar bis August 2011: 60). Aufgrund der verschärften Gesetzgebung der Arbeitslosenversicherung und der unsicheren konjunkturellen Situation ist für 2011 und 2012 mit einem weiteren Zuwachs der Fallzahlen, der Unterstützungsbeträge und der Zahlungen für Krankenkassenprämien zu rechnen. Das Arbeitsintegrationskonto bleibt gegenüber dem Voranschlag 2011 unverändert bei CHF 0,3 Mio. (KAP-Massnahme). Im 2010 wurde dieser Betrag nicht ausgeschöpft. Die Sozialhilfebehörde investiert jedoch weiter und intensiver in die Projekte zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit, weshalb dieser Betrag auch für das Jahr 2012 wiederum in Höhe von CHF 0,3 Mio. eingestellt wird.

Im Bereich **Asyl** sollen Personen mit einer vorläufigen Aufnahme (VA) zu Arbeit angehalten werden und Zugang zu beruflichen Fördermassnahmen haben. Der Aufwand für diese Massnahmen wird vom Kanton zu 100% an die Gemeinden zurück erstattet. Für vorläufig Aufgenommene, die länger als 7 Jahre in der Schweiz sind (VA7+), zahlt der Kanton seit 2008 keine Unterstützungspauschalen mehr. Für Asylsuchende ohne Arbeitsbewilligung, vorwiegend Asylsuchende mit Ausweis N, sollen geeignete Tagesstrukturen (Deutschkurse, Arbeiten für die Gemeinde Binningen, z.B. im Rahmen des Projekts Littering) zur Verfügung stehen. Die dafür eingesetzten CHF 10 000 werden vom Kanton nicht zurück erstattet weil für Asylsuchende mit N-Status kein Integrationsauftrag besteht. Für berufliche Integration der VA7+ ist ein Betrag von CHF 15 000 vorgesehen und für VA7- CHF 35 000. Die ORS Service AG übernimmt die Beratung und Betreuung derjenigen Asylsuchenden, welche von der Sozialhilfe abhängig sind und/oder in gemeindeeigenen Wohnungen leben. Unabhängig wohnende Asylsuchende mit eigenem Erwerb, die nicht teilerhalten werden müssen, werden in der Regel nicht betreut. Asylsuchende, welche ab 1.1.2012 in Reinach untergebracht sind, besuchen die von der Gemeinde Reinach zur Verfügung stehenden Deutschkurse und

Gemeindearbeitsplätze. Die Abrechnung der Kosten für die Betreuung, Unterbringung und Unterstützung dieser Personen sowie der Programme zur beruflichen Eingliederung und der Deutschkurse läuft über Reinach, der Kanton entschädigt Reinach direkt.

3.8 PG 8 Verkehr, Strassen

Tausend CHF	RG	RG	RG	VA	VA	Differenz		Finanzplan				Differenz Ø 12/16
	2008	2009	2010	2011	2012	VA/ VA		2013	2014	2015	2016	
Aufwand total	2 810	2 889	3 025	3 150	3 579	430	14%	3 623	3 668	3 714	3 760	1%
Ertrag total	571	533	592	458	543	84	18%	543	543	543	543	0%
Globalbudget	-2 239	-2 356	-2 434	-2 691	-3 037	- 345	13%	-3 081	-3 125	-3 171	-3 217	1%
A. Produktbudgets netto												
8.1 Allmend-/ Parkraumbewirtschaftung	360	310	428	250	336	86	34%	332	329	325	321	-1%
8.2 Gemeindestrassen	-2 050	-2 077	-2 166	-2 284	-2 760	- 475	21%	-2 792	-2 824	-2 858	-2 891	1%
8.3 Gemeindeverkehr	- 257	- 279	- 380	- 299	- 293	7	-2%	- 296	- 300	- 303	- 307	1%
8.4 Öffentlicher Verkehr *	- 54	- 53	- 55	- 53	- 55	- 2	4%	- 56	- 56	- 57	- 57	1%
B. Produktgruppengemeinkosten	- 238	- 257	- 261	- 304	- 265	39	-13%	- 269	- 274	- 278	- 283	2%

* Ab 1. Januar 2010 ist das neue Finanzausgleichsgesetz in Kraft. Der Ausweis des horizontalen Finanzausgleichs erfolgt ab Voranschlag 2010 ausserhalb der Globalbudgets. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, erfolgt der Ausweis im Vergleich zur offiziellen Berichterstattung ebenfalls ohne Finanzausgleich. Das neue Finanzausgleichsgesetz sieht eine Aufhebung der Gemeindebeiträge an den öffentlichen Verkehr vor (als Kompensation für den horizontalen Ausgleich).

Allmend- und Parkraumbewirtschaftung: Die budgetierten Mehreinnahmen gehen zurück auf die vorgesehene Tarifierung bei den Allmendbenutzungsgebühren (KAP-Massnahme, CHF 20 000) sowie die prognostizierte Erhöhung der Einnahmen aus der Gaskonzession (CHF 50 000).

Gemeindestrassen: Im Hügliacker und Im Meiriacker sind werterhaltende Strassenunterhaltsarbeiten vorgesehen. Zudem wird zusammen mit der Einrichtung eines Abwasser-Trennsystems die Winterhalde zu einer Strasse ausgebaut (Nettokosten: CHF 0,17 Mio.).

Projektierungen sind geplant für:

- die Sanierung der Benkenstrasse (Kronenplatz – Steinenkreuzstrasse), Bauprojekt mit Kostenvoranschlag
- die Sanierung/Umgestaltung am Münsterplatz, Bauprojekt mit Kostenvoranschlag

Bei der Vermessung steht neben den ordentlichen Nachführungs- und Unterhaltsarbeiten eine zweite Etappe zur systematischen und flächendeckenden Rekonstruktion der Lage- und Höhefixpunkte an (CHF 19 000). Die Umarbeitung des Leitungskatasters (DM 3) gemäss kantonaler Verordnung wird auf der Basis eines im 2011 erarbeiteten Vorprojektes mit CHF 30 000 veranschlagt. Die Transformation aller Datenbestände resultierend aus der amtlichen Neuvermessung LV 95 führen zu Kosten von insgesamt rund CHF 20 000 im Vermessungswesen.

Die heutigen Plakatständer für Informationen der Gemeinde und der Vereine (total 9) werden durch Schaukästen ersetzt (2012 letzte Tranche: CHF 7000).

Im Naturschutzgebiet Herzogenmatt werden diverse Brücken über das Weiherbächli ersetzt (CHF 7000).

Neu werden die Arbeitsloseneinsätze (CHF 90 000) direkt dem Produkt Gemeindestrassen belastet und nicht mehr dem Leistungszentrum 4. Die Aktualisierung der Umlagen des Leistungszentrums 4 (Werkhof) führt dazu, dass das Produkt Gemeindestrassen neu um rund CHF 0,5 Mio. stärker belastet wird (neu: CHF 1,5 Mio.).

Gemeindeverkehr: Das Konzept Langsamverkehr wird im Zusammenhang mit dem Agglomerationsprogramm fertig gestellt. Je nach Projektstand wird der Kanton Basel-Stadt im kommenden Jahr eine Vernehmlassung zur geplanten Umfahrung Gundeldingen (Anschluss Basel City) durchführen. Die Gemeinde Binningen wird sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für ihre Interessen einsetzen.

Öffentlicher Verkehr: Auf kantonaler Ebene laufen die Planungen der Projekte Margarethenstich und Doppelspurausbau Spiesshöfli.

3.9 PG 9 Versorgung und Umwelt

Tausend CHF	RG	RG	RG	VA	VA	Differenz		Finanzplan				Differenz Ø 12/16
	2008	2009	2010	2011	2012	VA/ VA		2013	2014	2015	2016	
Aufwand total	6 832	7 010	6 961	7 675	6 908	- 767	-10%	6 945	6 983	7 021	7 059	1%
Ertrag total	6 013	6 129	6 167	6 619	5 863	- 756	-11%	5 866	5 869	5 872	5 875	0%
Globalbudget	- 819	- 881	- 794	-1 056	-1 045	11	-1%	-1 079	-1 113	-1 148	-1 184	3%
A. Produktbudgets netto												
9.1 Abwasserbeseitigung (SF)	- 55	0	- 3	- 11	- 10	1	-12%	- 18	- 27	- 36	- 45	47%
9.2 Abfallentsorgung (SF)	8	- 51	- 26	- 92	- 95	- 4	4%	- 103	- 111	- 119	- 127	7%
9.3 Wasserversorgung (SF)												
9.4 Bestattung	- 578	- 577	- 555	- 619	- 563	56	-9%	- 572	- 581	- 590	- 599	2%
9.5 GGA (SF)	- 13	0	0	0	0	0	-162%	- 6	- 12	- 18	- 23	265%
9.6 Umwelt *	- 181	- 254	- 210	- 334	- 376	- 42	13%	- 380	- 383	- 386	- 389	1%
B. Produktgruppengemeinkosten												

SF = Spezialfinanzierter Bereich

* Ab 2012 Neuorganisation der Bauabteilungen. Das alte Produkt 100300 "Umweltschutz" wurde aufgehoben, neu mit dem Produkt 90600 "Energieversorgung" fusioniert und in "Umwelt" umbenannt. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, erfolgt der Ausweis 2008 - 2011 im Vergleich zur offiziellen Berichterstattung inkl. des alten Produkts 100300 "Umwelt" (d.h. die kumulativen Werte für die alten Produkte 90600 "Energieversorgung" und 100300 "Umwelt").

Abwasserbeseitigung: Im Rahmen des GEP-Investitionsprogrammes und in Koordination mit dem Strassenausbau wird das Trennsystem an der Winterhalde erstellt. Für das Trennsystem an der Benkenstrasse wird ein Bauprojekt fertig gestellt (Ausführung geplant für 2013/2014).

Der Kanton senkt per 1.1.2012 die ARA-Gebühr wegen geringerer Kapitalkosten (als Folge geringerer Investitionen) von CHF 1,38/m³ auf 1,19/m³. Diese Gebührensenkung wird den Binninger Haushalten weitergegeben. Die kommunalen Gebühren bleiben unverändert.

Der Investitionsbedarf im Produkt Abwasserbeseitigung ist gegenüber dem Vorjahr tiefer. Entsprechend fallen die Abschreibungen geringer aus (CHF 0,44 Mio.). Im Vergleich zum Vorjahr gehen auch die Kosten des Werkhofs (LZ 4) auf CHF 0,10 Mio. zurück. Dies führt zu geringeren Entnahmen aus der Sonderfinanzierung (CHF 0,67 Mio.).

Abfallentsorgung: Die Abfallvermeidungskampagne an den Binninger Primar- und Sekundarschulen wird im mittlerweile fünften Jahr weitergeführt. Um die Abfallentsorgung insbesondere an den Schulen und in der Verwaltung zu optimieren, werden auf der Basis einer Analyse aus dem Vorjahr in einer zweiten Etappe die Entsorgungs- und Beschaffungsrichtlinien unter Berücksichtigung von definierten Kriterien fertig gestellt (CHF 10 000). Im Rahmen der mittelfristigen Umstellung der Quartiersammelstellen ist vorgesehen, eine weitere unterirdische Anlage in Betrieb zu nehmen. Der Massnahmenplan Littering wird unter Berücksichtigung des ersten Erfahrungsberichts 2011 weitergeführt.

Bisher wurden die Personalkosten für die Sachbearbeitung über Umlagen verbucht. Neu werden sie dem Produkt aufgrund von Zeiterfassungen direkt belastet. Das führt zu einer Erhöhung des Personalaufwands um CHF 45 000. Die Mehrerträge sind vor allem auf bessere Vergütungssätze für Altpapier zurückzuführen (CHF 70 000).

Wasserversorgung: Der Zuschlag zur Mengengebühr wird wegen Unterdeckung des Ausgleichsfonds um 6 Rappen auf 43 Rappen erhöht. Der Wassertarif erhöht sich dadurch auf insgesamt CHF 1,89/m³ Trinkwasserbezug exkl. MwSt. (1,94/m³ inkl. MwSt.).

Bestattung: Die KAP-Massnahme *pflegeleichte Umgestaltung der Friedhofanlagen* wird mit einer Planungsstudie angegangen (CHF 25 000). Wegen geringerem Unterhaltsbedarf für die Gebäude (CHF 45 000) schliesst der Sachaufwand besser ab als im Vorjahr.

GGA: Die gegenüber dem Vorjahr um rund CHF 20 000 geringere Entnahme aus der Sonderfinanzierung resultiert vor allem aus den erfahrungsgemäss angepassten Gebühreneinnahmen.

Umwelt: Das Produkt Umwelt umfasst neu das bisherige Produkt 9.6 Energieversorgung und das bisherige Produkt 10.3 Umwelt. Aufgrund der inhaltlichen Nähe (insbesondere bei Fragen zur Energieeffizienz) werden diese Produkte neu zusammengefasst und mit der Neuorganisation der Bauabteilungen auch von der-

selben Stelle (Umweltbeauftragte) bearbeitet. Insgesamt liegt der Aufwandüberschuss des neuen Produkts um rund CHF 40 000 über demjenigen des Vorjahres. Dies ist zurückzuführen auf die neu berechneten budgetneutralen Umlagen (vgl. Ziffer 4 ‚Die Leistungszentren im Überblick‘).

Zum besseren Verständnis findet im Folgenden die Berichterstattung in der alten Produktstruktur statt:

Bisher Produkt Energieversorgung:

Die Zusammensetzung des Strombezugs für die Anlagen der Einwohnergemeinde Binningen wird gegenüber dem Vorjahr auf 100% erneuerbare Energie (bisher 93%) gesteigert. Zudem erhöht die Gemeinde den Bezug von Strom eines privaten Fotovoltaik-Produzenten in Binningen von 2000 auf 4000 kWh. Die Gemeinde Binningen bestellt somit keinen Atomstrom mehr. Die Mehrkosten gegenüber dem vergangenen Jahr betragen CHF 9000. Sämtlicher Strom ist CO₂-frei.

Für die Weiterführung des kommunalen Förderprogramms für private Energieoptimierungsmassnahmen werden auf der Basis der Verordnung über das Förderprogramm Energie im Berichtsjahr erneut CHF 20 000 bereit gestellt.

WBA: Der Gemeinderat beabsichtigt, sein Ziel, den Anteil an erneuerbarer Energie bei der WBA auf mindestens 50% zu erhöhen, durch einen Anschluss der WBA ans Fernwärmenetz der IWB zu erreichen. Dazu laufen Verhandlungen mit den IWB und der Betreiberin EBM. Diese sollen bis Ende 2011 abgeschlossen sein. Das Ergebnis wird anschliessend dem Einwohnerrat zur Beschlussfassung unterbreitet.

Bisher Produkt Umwelt:

Neben wiederkehrenden Pflegemassnahmen (u.a. Waldrand und Baumpflege) und Unterhalt sind Landschaftsaufwertungsmassnahmen (u.a. Weiherbach) und Planungen weiterer Landschaftsaufwertungen vorgesehen.

3.10 PG 10 Hochbau und Ortsplanung

Tausend CHF	RG	RG	RG	VA	VA	Differenz		Finanzplan				Differenz Ø 12/16
	2008	2009	2010	2011	2012	VA/VA		2013	2014	2015	2016	
Aufwand total	954	1 012	1 046	1 247	818	- 428	-34%	830	843	855	868	1%
Ertrag total	78	48	85	59	45	- 14	-24%	45	45	45	45	0%
Globalbudget	- 876	- 964	- 961	-1 188	- 773	414	-35%	- 785	- 798	- 810	- 823	2%
A. Produktbudgets netto												
10.1 Ortsplanung	- 94	- 85	- 132	- 128	- 167	- 38	30%	- 167	- 168	- 169	- 170	1%
10.2 Baugesuche	- 32	- 62	- 29	- 64	- 61	4	-6%	- 62	- 64	- 66	- 68	3%
10.3 Umwelt *	- 158	- 202	- 181	- 285	0	285	-100%	0	0	0	0	#DIV/0!
B. Produktgruppengemeinkosten	- 593	- 616	- 619	- 710	- 546	164	-23%	- 556	- 565	- 575	- 585	2%

* Ab 2012 Neuorganisation der Bauabteilungen. Das alte Produkt 100300 "Umweltschutz" wurde aufgehoben, neu mit dem Produkt 90600 "Energieversorgung" fusioniert und in "Umwelt" umbenannt (Produktgruppe 9).

Ortsplanung: Dem neuen Zonenplan mit Zonenreglement wurde am 13. Februar 2011 in der Volksabstimmung zugestimmt. Der Einwohnerrat hatte einige Teilgebiete von dieser Zonenplanabstimmung ausgenommen weil die Werkhof-Abstimmung und die Verhandlungen bezüglich Landschaftsschutzinitiative Bruderholz abgewartet werden mussten. Werden diese Zoneneinteilungen beschlossen, können 2012 die öffentliche Planaufgabe und die regierungsrätliche Genehmigung erfolgen. In den Sondernutzungsplanungen (Quartier- oder Teilzonenpläne) geht die Revision weiter. Im 2012 ist der Abschluss des TZP Hauptstrasse Nordwest vorgesehen. Im Gebiet Meiriacker steht eine raumplanerische und gestalterische Prüfung des TZP Meiriacker bevor. Die Vorbereitungen eines Doppelspurausbaus der BLT-Linie 10/17 durch den Kanton wird eine Neuplanung im Bereich Spiesshöfli auslösen.

Baugesuche: Der Gemeinderat rechnet weiterhin mit einer aktiven Bautätigkeit. Wenn die Siedlungserneuerung und Verdichtung nach innen auf dem heutigen Niveau weiter geht, muss im 2012 mit rund 90 Baugesuchen gerechnet werden. Die Erträge aus den Baubewilligungsgebühren schwanken stark und sind

schwer planbar. Es wird deshalb mit einem langjährigen durchschnittlichen Betrag von CHF 45 000 geplant. 2012 wird die Baubewilligungspraxis nach bisherigem Recht weitergeführt. 2013 ist mit der Inkraftsetzung des neuen Zonenreglements zu rechnen.

Umwelt: Mit der Reorganisation der Bauabteilungen wird 2012 das Produkt Umweltschutz von der Abteilung Tiefbau und Umwelt (bisher VSV) übernommen. In der neuen Struktur werden generelle Umweltthemen wie auch Ver- und Entsorgung einbezogen werden. Die Landschaftsaufwertungsprojekte und die Mitarbeit im Gemeindeverbund Flugverkehr werden unverändert weitergeführt.

4. Die Leistungszentren im Überblick

Die Leistungszentren erbringen verwaltungsintern Dienstleistungen, die im Rahmen der allgemeinen Verwaltungsarbeiten (Personalwesen, Rechnungswesen, Informatik) *allen Produkten* zugute kommen. Diese Kosten werden (aufgrund der Anzahl Mitarbeitende, der Anzahl PC-Arbeitsplätze etc.) als eigentliche Overheadkosten auf die zehn Produktgruppen umgelegt.

Andererseits erbringt vor allem das neue Leistungszentrum 4 Werkhof seine Dienstleistungen nicht für alle, sondern in der Hauptsache für rund sechs Produkte. Die dafür anfallenden Kosten werden aufgrund der Zeit- und Leistungserfassung den jeweiligen leistungsempfangenden Produkten weiter verrechnet. Im Rahmen der Neuorganisation wurden die Umlageschlüssel sämtlicher Leistungszentren aufgrund der jeweiligen Zeiterfassung überprüft und wo nötig neu justiert (vgl. ANHANG II).

Im Folgenden werden jeweils aus Sicht der Leistungszentren die wichtigsten Projekte/Massnahmen genannt, die für das nächste Jahr geplant sind.

4.1 LZ 1 Management, Personal

(Budget 2012: CHF 1,70 Mio.)

Entgegen den Vorjahren werden neu sämtliche Weiterbildungskosten dem LZ1 belastet. Diese Umlagerung ist kostenneutral. Für Weiterbildung, betriebliche Sozialberatung, Gesundheitsförderung, Job-Ticket und Vertrauensarzt werden CHF 0,20 Mio. bereit gestellt, wovon rund CHF 30 000 auf die Schulung des Personals für die Einführung in die neue Microsoft Office Version 2010 reserviert sind. Die neuen Office Programme unterscheiden sich in Oberfläche und Bedienung stark von der bisher verwendeten Version, so dass eine entsprechende Schulung nötig wird.

Für dieses Jahr ist auch wieder eine Mitarbeiter-Zufriedenheitsbefragung vorgesehen. Erstmals wurde sie im Jahr 2009 durchgeführt.

Für die externe Personalrekrutierung von Kadermitarbeitenden werden, gestützt auf die Erfahrungen des Vorjahres, Mittel von CHF 40 000 eingestellt.

Neu beteiligt sich Binningen als Arbeitgeberin an der Aktion Jobticket: sie finanziert mit CHF 250 pro teilnehmenden/r /Mitarbeiter/in das TNW Jahresabo. Die entsprechenden Vorabklärungen beim Personal haben gezeigt, dass von dieser Subvention rund 45 Personen Gebrauch machen werden, 10 Personen werden dadurch vom privaten auf den ÖV umsteigen.

Es werden Beratungshonorare von CHF 70 000 eingestellt, die auf im 2011 initiierte Projekte (z. B. Überprüfung von Entlastungsmassnahmen, Einführung IKS und Risiko Management) zurückgehen.

4.2 LZ 2 Rechnungswesen

(Budget 2012: CHF 0,48 Mio.)

Der tiefere Nettoaufwand ist insbesondere durch Einsparungen im Sachaufwand begründet (Kosten für Büromobiliar sowie IT/Beratung). Das Zinsniveau ist nach wie vor tief und führt im Vergleich zum Voranschlag 2011 zu leicht höheren aber immer noch geringen durchschnittlichen Kapitalaufwendungen und -erträgen. Die Einführung von HRM2 wurde vom Kanton um ein Jahr auf 2014 verschoben (vgl. 2.1).

4.3 LZ 3 Gebäudeunterhalt

(Budget 2012: CHF 0,60 Mio.)

Wie 2011 steht ein Betrag von 0,9% des Gebäudeversicherungswerts für den Gebäudeunterhalt der gemeindeeigenen Liegenschaften zur Verfügung. Bei der Reduktion von 1% auf 0,9% handelt es sich um eine KAP-Massnahme.

Mit dem laufenden wiederkehrenden Gebäudeunterhalt ist die Instandhaltung der Hochbauten der Gemeinde, insbesondere der Kindergärten und Schulen sowie der Sportanlagen zu gewährleisten. Energetische Sanierungen und Instandstellungen der gemeindeeigenen Bauten, insbesondere der Schulbauten, werden aus finanziellen und organisatorischen Gründen als separate Bauprojekte geplant und ausgeführt (vgl. Projekt Schulraumplanung, Ziffer 3.5).

Mit der Übernahme des Sekundarschulstandorts Spiegelfeld erfolgt eine Reduktion des Personals im Leistungszentrum 3, Gebäudeunterhalt und Controlling. Per August 2011 hat der Kanton das Hauswartsteam und Reinigungspersonal der kantonalen Anlage übernommen. Ebenfalls wird ab 2012 neu die Hauswartung des Kronenmattgebäudes in die Abteilung BKS integriert (Produkt Kultur 4.1).

4.4 LZ 4 Werkhof

(Budget 2012: CHF 2,51 Mio.)

Aufgrund der Neuorganisation der Bauabteilungen umfasst das Leistungszentrum 4 neu nur noch die Leistungen des Werkhofs. Die Leistungen des Bausekretariats werden neu direkt den Produktgruppen 8, 9 und 10 verrechnet.

4.5 LZ 5 Informatik

(Budget 2012: CHF 1,21 Mio.)

Durch den steten Anstieg der Leistungs-/Systemanforderungen der Programme und trotz vermehrter Virtualisierung müssen serverseitig diverse Anpassungen vorgenommen und Anschaffungen getätigt werden (CHF 48 000).

Die Arbeitsplatzdrucker sind im Schnitt sechs Jahre alt und nebst zahlreichen Störungen treten immer mehr Ausfälle auf. Hinzu kommt die Tatsache, dass durch den Wechsel auf die neue PC-Generation einem Grossteil der Geräte die kompatiblen Anschlüsse (USB/RJ45) fehlen bzw. diese vom Betriebssystem nicht mehr unterstützt werden. Sie können also nicht mehr eingesetzt werden. Für den Ersatz der Drucker wurde ein Betrag von CHF 60 000 eingestellt. Es wird gleichzeitig geprüft werden, ob nicht ein mittelfristig ökonomisch und ökologisch tauglicheres Konzept (z.B. weniger dafür zentrale gemeinsame Abteilungsdrucker) umgesetzt werden kann.

Die wichtigen IT-Systeme der Gemeinde sind, wenn immer sinnvoll, redundant (doppelt) aufgebaut. Allerdings befinden sie sich aktuell alle im gleichen Raum im Gebäude der allgemeinen Verwaltung. Dies ist beispielsweise bei einem Elementarschaden problematisch, da dann totaler Systemausfall droht. Nachdem die Glasfaserverbindung zum Kronenmattsaal im 2011 realisiert wurde, ist als nächster Schritt die dezentrale Aufstellung/Installation der doppelten Systembestandteile (Kronenmattsaalkeller) vorgesehen. Der Umzug (Transport, Installation, Anschaffung Rack und Switch) schlägt mit CHF 40 000 zu Buche.

Mit zunehmender Komplexität und Dynamik im IT-Bereich nimmt die Notwendigkeit der Unterstützung durch externe Spezialisten zu. Im Bereich der Gemeindesoftware GeSoft und der Spezialanwendungen nehmen die Fachabteilungen zunehmend den Support bzw. die Hotline der Herstellerfirmen direkt in Anspruch, deshalb wurde für Supportdienstleistungen der Betrag angepasst.

Für externe Beratungen/Unterstützungen/Analysen betreffend Auslagerung von systemkritischen Komponenten bzw. zur Prüfung eines (Teil-)Outsourcings ab ca. 2013 wurden CHF 50 000 im Budget eingestellt.

Aufgrund zunehmender Zahl und Komplexität der Geschäfte zeichnet sich mittelfristig die Notwendigkeit der Einführung einer professionellen Dokument- und Geschäftskontrollsoftware ab. Im 2012 sollen erste Abklärungen und Erhebungen für ein solches System vorgenommen werden. Es wurde hierfür ein Betrag von CHF 10 000 für eine Evaluation vorgesehen.

5. Abstimmungsbrücke

Wie in Ziffer 2.3 dargestellt, schliesst der Voranschlag der Laufenden Rechnung mit einem Netto-Ertrag von CHF 5730 (Aufwand: CHF 73,72 Mio., Ertrag: CHF 73,72 Mio.; ohne "+B Verrechnungen"⁵) ab. Die Globalbudgets weisen gemäss Kapitel 3 insgesamt einen Netto-Aufwand von CHF 39,15 Mio. auf (Aufwand: CHF 53,84 Mio., Ertrag: CHF 14,69 Mio.). In diesem Kapitel soll mittels der Abstimmungsbrücke der Zusammenhang zwischen den beiden Netto-Beträgen erläutert werden. Die Brücke zwischen diesen beiden Rechnungen ist notwendig, damit jeder Franken entweder einem Globalbudget zugeteilt oder aber hier ausgewiesen wird.

Der Gesamtaufwand der Laufenden Rechnung inklusive "+B Verrechnungen" umfasst CHF 74,14 Mio. bzw. CHF 74,15 Mio. auf der Ertragsseite. Bis auf die Abschreibungen auf Investitionen und auf Steuereinnahmen, die Vergütungszinsen auf Steuereinnahmen, die internen Verrechnungen in der Finanzbuchhaltung, die Einlagen in die Vorfinanzierungen sowie neu den Finanzausgleich werden sämtliche Aufwendungen direkt oder über Schlüssel den Globalbudgets belastet.

Auch auf der Ertragsseite werden bis auf wenige Ausnahmen alle Einnahmen den Produktgruppenbudgets zugewiesen. Der grosse Unterschied liegt darin, dass die Mittel des grössten Ertragstopfs, die Steuereinnahmen, im Umfang von CHF 51,9 Mio., nicht in das Globalbudget des Produkts Steuern fliessen. Dasselbe gilt für die Verkehrsbussen, gewisse Vermögenserträge (Liegenschaftsverkauf), die Entnahmen aus Vorfinanzierungen, die Verzugszinsen auf Steuereinnahmen, die internen Verrechnungen sowie den Finanzausgleich. Da die Verrechnungen, die die Spezialfinanzierungen betreffen, dem jeweiligen Produkt zugeordnet werden, ist in dieser Abstimmung eine Differenz zwischen Aufwand und Ertrag bei den Verrechnungen zu erkennen.

Aufgrund der fehlenden Möglichkeit, die Transferzahlungen des neuen **Finanzausgleichs** einzelnen Produkten zuzuordnen, werden diese Zahlungsströme ausserhalb der Globalbudgets dargestellt. Eine Budgetierung der Finanzausgleichsbeträge ist äusserst schwierig, so dass jeweils die letzten effektiven Beträge ins Budget eingestellt werden. 2011 liegt die gesamte Netto-Belastung unter dem Vorjahreswert. Entlastend hat sich der tiefere Beitrag an den horizontalen Finanzausgleich ausgewirkt. Andererseits stieg der Beitrag an die Ergänzungsleistungen (EL) um CHF 0,25 Mio. und müssen die Gemeinden neu für die Aufgabenverschiebung im Bereich der Sekundarschulbauten an den Kanton Beiträge leisten. Für das vorliegende Budget und den Finanzplan liegt nach allen Bereinigungen der Beitrag an den gesamten Finanzausgleich bei CHF 12,72 Mio.

AUFWAND		VA 2012	RG 2011	VA 2011	RG 2010
Horizontaler Finanzausgleich	CHF	10 146 000	10 145 617	11 440 000	11 440 000
Zusatz- und Einzelbeiträge	CHF	284 000	283 691	290 000	290 000
Kompensationsleistungen Aufgabenverschiebung	CHF	720 000	299 770*	0	0
Anteil der Gemeinden an den Ergänzungsleistungen (32%) nach Einwohnerzahl	CHF	2 053 000	2 053 044	1 790 000	1 790 000
TOTAL AUFWAND	CHF	13 203 000	12 782 122	13 520 000	13 520 000
ERTRAG					
Sonderlastabgeltung (Sozialhilfe)	CHF	481 000	481 431	340 000	340 000
TOTAL ERTRAG	CHF	481 000	481 431	340 000	340 000
TOTAL (Netto)	CHF	12 722 000	12 300 691	13 180 000	13 180 000

* Da die Sekundarschulbauten im August 2011 in das Eigentum des Kantons übergang, werden nur fünf Monate in Rechnung gestellt.

⁵ Es handelt sich um die internen Leistungsverrechnungen unter den einzelnen Leistungszentren.

Tabelle 4

	in Mio. CHF	VA 2012		Saldo (- = Nettoaufwand)
		Aufwand	Ertrag	
A Globalbudgets		53.84	14.69	-39.15
Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen		3.26	0.27	-2.99
Steuern		2.14	1.64	-0.50
Gesundheit		4.73	0.05	-4.68
Kultur, Freizeit, Sport		4.38	0.57	-3.81
Bildung		16.10	2.55	-13.55
Öffentliche Sicherheit		1.76	0.71	-1.05
Soziale Dienste		10.17	2.45	-7.72
Verkehr, Strassen		3.58	0.54	-3.04
Versorgung		6.91	5.86	-1.04
Raumplanung, Umwelt		0.82	0.05	-0.77
+ B Verrechnete Erträge aus den Leistungszentren		0.75	0.75	0.00
+ C Positionen ausserhalb der Globalbudgets		19.55	58.71	39.16
Abschreibungen		3.40		-3.40
Vergütungszinsen auf Steuereinnahmen		0.26		-0.26
Abschreibungen auf Steuereinnahmen		0.23		-0.23
Interne Verrechnungen		2.46		-2.46
Einlagen in Vorfinanzierungen				0.00
Bildung Rückstellungen				0.00
Finanzausgleich (Ausgaben)		13.20		-13.20
Steuereinnahmen			51.90	51.90
Vermögenserträge				0.00
Entnahmen aus Vorfinanzierungen			3.40	3.40
Verzugszinsen			0.35	0.35
Verkehrsbussen			0.25	0.25
Interne Verrechnungen			2.33	2.33
Finanzausgleich (Einnahmen)			0.48	0.48
= D Laufende Rechnung		74.14	74.15	0.01

6. Die Verwaltungsrechnung im Überblick

6.1 Die Laufende Rechnung nach Artengliederung

Tabelle 5

in CHF Mio.	RG 2008	RG 2009	RG 2010	VA 2011	VA 2012	Differenz VA 11 / VA 12	Ø Differenz RG 10 / VA 12
3 Aufwand total	75.8	72.9	74.2	74.9	73.7	-1.6%	-0.3%
30 Personalaufwand	24.6	25.5	26.5	27.4	26.4	-3.4%	-0.2%
31 Sachaufwand	10.3	10.3	10.2	11.1	11.3	1.4%	5.4%
davon Sachaufwand exkl. SF	8.2	8.3	8.4	9.3	9.5	1.7%	6.3%
32 Passivzinsen	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	1.0%	7.4%
33 Abschreibungen	11.5	6.8	5.0	4.3	4.1	-6.4%	-10.3%
35 Entschädigungen an Gemeinwesen	3.4	3.0	3.1	3.3	2.6	-20.1%	-8.6%
36 Eigene Beiträge	18.9	18.2	25.0	25.5	26.6	4.1%	3.1%
38 Einlagen in Sonderfinanzierungen	4.1	6.0	1.1	0.0	0.0	#DIV/0!	-100.0%
39 Interne Verrechnungen	2.8	2.9	2.9	3.0	2.5	-18.6%	-7.6%
4 Ertrag total	75.8	72.9	74.2	73.1	73.7	0.9%	-0.3%
40 Steuereinnahmen	46.1	48.6	49.4	49.7	51.9	4.4%	2.5%
41 Regalien und Konzessionen	0.3	0.3	0.4	0.3	0.3	18.5%	-7.7%
42 Vermögenserträge	2.6	3.8	5.4	2.3	1.9	-14.8%	-40.2%
43 Entgelte	10.1	9.8	9.6	9.1	9.1	0.0%	-3.0%
44 Beiträge ohne Zweckbindung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%	1.5%
45 Rückerstattungen von Gemeinwesen	2.8	3.0	3.5	2.6	2.4	-10.4%	-18.1%
46 Beiträge für eigene Rechnung	0.3	0.3	0.6	0.6	0.7	23.7%	11.8%
48 Entnahmen aus Sonderfinanzierungen	10.8	4.2	2.3	5.5	4.9	-10.2%	45.5%
49 Interne Verrechnungen	2.8	2.9	2.9	3.0	2.5	-18.6%	-7.6%

Gesamtpersonalaufwand: Im Vergleich zum Voranschlag 2011 sinkt der Personalaufwand insgesamt um 3,4%. Ausser der Teuerung (1,0%) weisen alle anderen Faktoren ein negatives Vorzeichen auf: Stufenanstieg: -1,1%, Mengenabweichung: -1,4% und übrigen Abweichungen: -1,9%. Grund für den Minderaufwand sind unter anderem der Schulbereich (inkl. Reduktion bei den Hauswarten bzw. beim Reinigungspersonal der Sekundarschule) sowie tiefere Sozialversicherungskosten (z.B. sind keine vorzeitigen Pensionierungen geplant).

Beim **Verwaltungspersonal** sinken die Kosten gegenüber 2011 um 4,0% (Teuerungsausgleich: 1,0%, Stufenanstieg: -0,1%, der Mengenabweichung: -2,2%, übrigen Abweichungen: -2,7%).

Bei den **Lehrkräften** (inkl. Betreuende Mittagstisch/Nachmittagsbetreuung) sinken die Kosten insgesamt um 2,8% (Teuerung: 1,0%, Stufenanstieg: -2,4%, Mengenabweichung: -0,4%, Diverses: -1,0%). Die Personalkosten werden im Kindergarten- und Primarschulbereich aufgrund von Klassenanzahl und -grösse berechnet. Da das Schuljahr nicht mit dem Rechnungsjahr identisch ist, bleibt die Budgetierung schwierig: Bei der Erstellung des Voranschlags ist erst die Klassenbildung für den gerade erfolgten Schulanfang bekannt. Diese Kosten werden so in den Voranschlag eingesetzt. Die Planung geht jeweils davon aus, dass beim darauf folgenden Schuljahr keine Änderungen anstehen.

Die Anpassungen im Stellenplan (vgl. folgende Tabelle) ergeben sich aufgrund diverser Massnahmen (Neuorganisation Bauabteilungen, Übergabe der Sekundarschulhauswartung an Kanton, Transfer von Aufgaben von Abteilung ZD auf Abteilung EWS). Die Abweichungen zum Voranschlag 2011 basieren aufgrund sich überschneidender Effekte teilweise auf Schätzungen.

Tabelle 6		2012	2012	Abweichung
Abteilung	in %	BUDGET	NORMAL	BUDGET 11/12
Zentrale Dienste (ZD)		725	800	70
Einwohnerdienste, Wirtschaftsförderung, Sicherheit (EWS)		1 264	1 270	0
Finanzen, Steuern (FS)		1 255	1 270	0
Bauunterhalt, Technische Betriebe				-3 432
Tiefbau, Umwelt (TU)		2 767	2 770	2 287
Hochbau, Ortsplanung (HOP)		1 807	1 880	- 450
Bildung, Kultur, Sport (BKS)		1 990	2 000	1 031
Soziale Dienste, Gesundheit (SDG)		1 341	1 350	1
Insgesamt		11 149	11 340	- 493

Sachaufwand: Der Sachaufwand (inkl. Spezialfinanzierungen) liegt auf dem Niveau des Vorjahrs. Einsparungen konnten vor allem in den Bereichen Wasser/Energie und baulicher Unterhalt (KAP-Massnahme) erzielt werden. Diese wurden durch Mehrausgaben in den Bereichen Mieten (Schulcontainer) und Dienstleistungen/Honorare kompensiert.

Abschreibungen: Sämtliche vorfinanzierten Investitionsausgaben wurden vollständig abgeschrieben (vgl. ANHANG III) und die Vorfinanzierungen entsprechend aufgelöst (vgl. unten). Das erwartete Ergebnis erlaubt es hingegen nicht, alle Investitionen sofort und vollumfänglich abzuschreiben. Es verbleiben rund CHF 2,4 Mio.

Entschädigungen an Gemeinwesen: Diese liegen rund CHF 0,7 Mio. unter dem Vorjahr, da Entschädigungen an den Kanton (Miet- und Unterhaltskosten Sekundarschule) wegfallen und die Abwasserreinigungs-Gebühren tiefer sind.

Eigene Beiträge: Die geringeren Aufwendungen für den Finanzausgleich (Reduktion zum Vorjahr insgesamt knapp CHF 0,5 Mio.) werden unter anderem überkompensiert durch einen gestiegenen EL-Beitrag (CHF 0,3 Mio.), durch höhere Unterstützungen gemäss Sozialhilfegesetz (CHF 0,8 Mio.) sowie durch äusserst stark gestiegene Pflegebeiträge (CHF 0,9 Mio., neue Pflegefinanzierung), so dass der Mehraufwand im Vergleich zum Voranschlag 2011 bei über CHF 1 Mio. liegt.

Steuereinnahmen: Das in den letzten Jahren eingesetzte „Prognosemodell“ wurde aufgrund der „verzögerten“ Wirkung der Unternehmenssteuerreform I leicht angepasst (Einfluss der Steuerjahre vor der Anpassung im Jahre 2010, vgl. auch 2.1). Die budgetierten Steuereinnahmen für 2012 von CHF 51,9 Mio. setzen sich aus den Steuern der Natürlichen Personen mit CHF 50,9 Mio. und denjenigen der Juristischen Personen mit CHF 1 Mio. zusammen.

Vermögenserträge: Die geringeren Erträge sind hauptsächlich auf tiefere Liegenschaftserträge (unter anderem Verkauf bzw. Abbruch von Liegenschaften, Änderung in der Nutzungsart von Immobilienobjekten) sowie auf tiefere Schulmieten (Sekundarschule) zurückzuführen.

Entnahmen aus Sonderfinanzierungen: Der Saldo ist auf die Bereinigung des erwarteten Aufwandüberschusses der Spezialfinanzierungen (= Ertrag der Einwohnerkasse) in der Höhe von CHF 1,5 Mio. sowie auf Entnahmen aus Vorfinanzierungen zurückzuführen.

Bei den **Entnahmen aus Vorfinanzierungen** handelt es sich um Vorfinanzierungen für die Projekte Schlossacker, Zentrum für Wohnen und Pflege von CHF 2,02 Mio., Schulraumplanung CHF 0,38 Mio. sowie Neubau Garderobengebäude Spiegelfeld von CHF 1 Mio., die zugleich wieder abgeschrieben werden (gesetzlich vorgeschriebener Vorgang)

6.2 Die Investitionsrechnung nach Artengliederung (vgl. auch ANHANG IV)

Tabelle 7

Mio. CHF	RG 2008	RG 2009	RG 2010	VA 2011	VA 2012	Differenz VA 11 / VA 12
5 Ausgaben total	13.53	7.08	3.47	9.07	6.55	-27.8%
50 Sachgüter	11.74	6.70	2.39	7.30	4.53	-37.9%
56 Investitionsbeiträge	1.72	0.37	1.00	1.74	2.02	16.0%
58 Übrige zu aktivierende Ausgaben	0.06	0.01	0.08	0.03	0.00	-100.0%
6 Einnahmen total	2.26	0.60	0.35	3.22	0.31	-90.4%
60 Abgang von Sachgütern	0.00	0.00	0.00	3.00	0.00	-100.0%
61 Nutzungsabgaben und Vorteilsentgelte	1.12	0.25	0.25	0.20	0.25	25.0%
66 Beiträge für eigene Rechnung	1.14	0.35	0.10	0.02	0.06	227.8%
Nettoinvestitionen	11.26	6.48	3.12	5.85	6.24	6.7%

Sachgüter: Die Investitionen in Sachgüter beinhalten insbesondere

- den Kauf eines Feuerwehr-Tanklöschfahrzeugs mit einer motorisierten Leiter (2. Tranche von CHF 0,35 Mio., separate ER-Vorlage über Gesamtbetrag von CHF 0,7 Mio.)
- eine erste Tranche für die Sanierung des Garderobengebäudes in den Sportanlagen Spiegelfeld (CHF 1,5 Mio., separate ER-Vorlage über den gesamten Betrag)
- die Neugestaltung des Treppeneingangs und des Behindertenlifts beim Binninger Schloss (CHF 0,36 Mio., separate ER-Vorlage)
- die Ersatzbeschaffung eines Werkhoffahrzeugs (CHF 0,18 Mio., vgl. weiter unten)
- den Bau eines neuen Salzsilos mit anderen Gemeinden (CHF 0,13 Mio., vgl. weiter unten)
- die Sanierung der Liegenschaft Bottmingerstrasse 103 (CHF 0,3 Mio., separate ER-Vorlage)

Investitionsbeitrag: Dies beinhaltet eine weitere Finanzierungstranche für den Bau des Alters- und Pflegeheims Schlossacker (CHF 2,02 Mio., vom ER beschlossen)

Für folgende Investitionen beantragt der Gemeinderat **Direktbeschlüsse:**

- Ersatzbeschaffung Werkhoffahrzeug

Im Jahre 2012 soll gemäss Beschaffungsplan nach dem Ersatz der grossen Strassenwischmaschine im 2011, die kleinere Trottoirwischmaschine ersetzt werden. Das Konzept der Strassenreinigung hat sich über die Jahre bewährt. Die Trottoirwischmaschine ist täglich im Einsatz und sorgt für saubere Trottoirs und Wege von mehr als 50 km Länge. Es wird beantragt, die Kosten von CHF 0,18 Mio. als Direktbeschluss ins Budget 2012 einzustellen.

- Mitfinanzierung neues Salzsilo in Oberwil

Die Gemeinden Biel-Benken, Binningen, Bottmingen, Oberwil und Therwil betreiben am Standort in Oberwil schon seit 11 Jahren gemeinsam ein Salzsilo mit zunächst 30 m³ und ab 2005 mit 60 m³ Fassungsvermögen. Das restliche benötigte Salz wurde von den jeweiligen Gemeinden direkt bestellt. In den letzten Wintern zeigte sich, dass die bestehende Kapazität bei weitem nicht mehr ausreicht. Es soll deshalb am gleichen Standort neben dem bestehenden Silo im 2012 ein zweites Silo mit einem Fassungsvermögen von 150 m³ installiert werden. Zudem soll eine Anlage für die Erzeugung von Salzsole eingerichtet werden. Mit dem Einsatz von Sole und Feuchtsalz statt Trockensalz kann die Auftauwirkung in den meisten Fällen verbessert und der Salzverbrauch um 30% bis 50% gesenkt werden. Die Lieferengpässe der letzten Jahre sind mit diesen Massnahmen und Investitionen (Zusatzsilo, Soleerzeugung) entschärft. Zum Vergleich: Die Gemeinden Münchenstein, Muttetz und Reinach, mit 11 000 bis 18 000 Einwohnern, haben z.B. je ein Silo mit 70 bis 100 m³ (ca. 5.5 - 6.3 kg/E). Das neue Fassungsvermögen in Oberwil wird insgesamt 210 m³ für die fünf Gemeinden mit einer Gesamteinwohnerzahl von ca. 44 000 Einwohnern (ca. 4.7 kg/E) betragen. Die Planung und Umsetzung wird von der Gemeinde Oberwil geleitet, die aufgrund des bestehenden Silos die nötige Erfahrung dazu hat. Die

Gesamtkosten für das zusätzliche Silo samt Soleerzeuger belaufen sich auf ca. CHF 0,38 Mio. Die Kostenverteilung erfolgt auf Grund der Einwohnerzahlen der beteiligten Gemeinden. Es wird beantragt, den Anteil der Gemeinde Binningen von CHF 0,13 Mio. als Direktbeschluss ins Budget 2012 einzustellen. Bei den übrigen Gemeinden erfolgt der nötige Beschluss jeweils bereits an der Budget-Gemeindeversammlung - und somit praktisch gleichzeitig wie in Binningen bei einem Direktbeschluss.

TEIL III: DER FINANZPLAN 2013 - 2016**7. Der Finanzplan 2013 – 2016****7.1 Entwicklung der Selbstfinanzierung⁶**

Tabelle 8

Mio. CHF	RG	RG	RG	Progn.	VA	Finanzplan			
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Ertrag	75.79	72.94	74.18	73.87	73.72	72.98	73.20	74.91	76.66
- Aufwand	75.79	72.94	74.17	73.56	72.65	72.97	73.19	74.90	76.65
= Ergebnis (- = Aufwandüberschuss)	0.00	0.00	0.00	0.30	1.07	0.00	0.01	0.01	0.01
+ Abschreibungen aus Investitionen	11.27	6.72	4.78	4.08	2.74	2.27	1.68	2.56	3.47
- Abschreibungen Spezialfinanzierungen	- 0.13	- 0.67	- 0.65	- 0.84	- 0.40	- 0.35	- 0.45	0.10	- 0.20
= Cash Flow Einwohnerkasse	11.14	6.06	4.13	3.54	3.40	1.92	1.24	2.67	3.28
- Nettoinvestitionen	11.14	5.82	2.47	0.20	4.78	7.65	9.03	3.54	3.74
= Finanzierungssaldo (- = Fehlbetrag)	0.00	0.24	1.66	3.35	- 1.37	- 5.73	- 7.79	- 0.87	- 0.46
<i>Jährlicher Selbstfinanzierungsgrad</i>	100.0%	104.1%	167.3%	1803.5%	71.3%	25.1%	13.7%	75.5%	87.7%
<i>Finanzierungssaldo über 8 Jahre (- = Fehlbetrag)</i>	4.4	1.6	4.7	7.6	3.9	-1.9	-9.7	-10.5	-11.0
<i>Durchschnittl. Selbstfinanzierungsgrad über 8 Jahre</i>	109.7%	103.2%	109.9%	118.8%	109.3%	96.0%	80.6%	76.4%	70.5%
<i>Steuerfuss in %</i>	46%	46%	46%	46%	46%	46%	46%	46%	46%

⁶ Die Grundlagen für den vorliegenden Finanzplan 2013 – 2016 bilden:

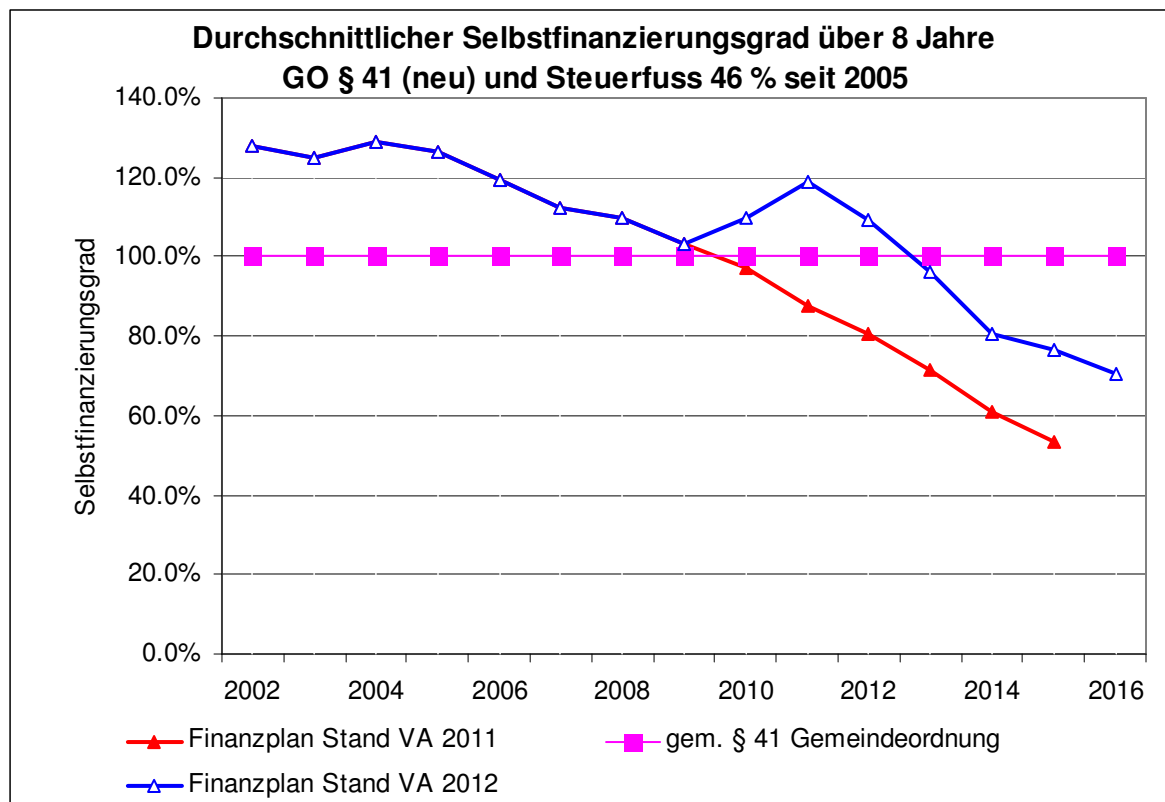
- Der aktualisierte Voranschlag der Laufenden Rechnung 2012 gemäss vorstehendem Kapitel. Auf der Basis dieses Voranschlags wurden für allgemeine sowie für ausgewählte Einzelpositionen Annahmen betreffend das zukünftige jährliche Wachstum getroffen Lohnaufwendungen (Schule und Verwaltung +2%), Sonderschulen (+5%), Sachaufwand allgemein (+0.5%), Ergänzungsleistungen (+5%), Sozialkosten (+2%), Steuereinnahmen (+3%).
- Der überarbeitete Investitionsplan 2012 – 2019 (vgl. ANHANG IV)
- Die zusätzliche Selbstfinanzierungsregelung für Investitionen in das Verwaltungsvermögen mit einem Nettobetrag von CHF 10 Mio. (vgl. GO § 41 Ziff. 3). Diese Regelung betrifft das APH Schlossacker, das über einen Zeitraum von 16 Jahren aus eigenen Mitteln finanziert werden muss.

7.2 Analyse

Unter Berücksichtigung der 16-Jahres-Regel gemäss §41 der Gemeindeordnung liegt der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad (SFG) für 2012 bei 109,3% und der Finanzierungsüberschuss bei CHF 3,9 Mio.

Gegenüber dem Vorjahr zeigt sich die Selbstfinanzierung für die kommenden Jahre somit wesentlich verbessert. Die Fehlbeträge der Finanzplanjahre ab 2013 konnten reduziert werden. Das ist insbesondere dem stärkeren Wachstum auf der Einnahmenseite (Steuern) zu verdanken.

Grafisch zeigt sich die neue Situation wie folgt:



Ab 2013 sind die ersten baulichen Massnahmen im Zusammenhang mit der kommunalen Schulraumplanung vorgesehen, die im 2013 mit CHF 2,6 Mio. und im 2014 mit CHF 4,7 Mio. zu Buche schlagen. Aufgrund dieser Projekt-Investitionen, die sich in der Periode 2012 – 2016 auf brutto CHF 11,2 Mio. beziffern, reduziert sich der SFG bis im 2016 auf 70,5% und führt zu einem kumulierten Fehlbetrag von rund CHF 11 Mio. im selben Jahr (vgl. Tabelle 9).

Tabelle 9

kumuliert über 8 Jahre		Selbstfinanzierungsgrad			Mio. CHF
Cash Flow	Nettoin.	Grad	Durchschnitt über 8 Jahre gleitend		Kumulierte Differenz
Mio. CHF	Mio. CHF	in %	von	bis	
47.9	40.3	118.8%	2004	2011	7.59
45.8	41.9	109.3%	2005	2012	3.88
44.0	45.8	96.0%	2006	2013	-1.86
40.0	49.7	80.6%	2007	2014	-9.65
34.1	44.6	76.4%	2008	2015	-10.51
26.2	37.2	70.5%	2009	2016	-10.98

7.3 Weiteres Vorgehen

Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich der Gemeindehaushalt wohl in einer besseren Lage. Die Tendenz in Richtung eines unausgeglichenen Haushalts bleibt jedoch bestehen. Die Aussagen des Gemeinderats zum letztjährigen Voranschlag an dieser Stelle haben noch immer Bestand. Der Gemeinderat ist sich des Handlungsbedarfs bewusst. Er sieht vor,

- den Steuerfuss für Natürliche Personen und die Steuersätze für Juristische Personen im Voranschlag 2012 nicht anzupassen,
- den Weg mit der Kommunalen Aufgabenüberprüfung weiter zu gehen, also die Abklärungen gemäss ANHANG III des Berichts vorzunehmen und
- die heutige Selbstfinanzierungsregel und Alternativen dazu zu überprüfen.

Im Hinblick auf den letzten Punkt, also eine allfällige Revision der Gemeindeordnung, ist der Zeitplan so auszugestalten, dass klar ist, auf welcher Rechtsgrundlage das kommende Budget 2013 und der Finanzplan 2014 – 2017 zu erstellen sind. Der Gemeinderat wird dem Einwohnerrat rechtzeitig einen entsprechenden Bericht unterbreiten.

TEIL IV: ANTRÄGE

1. Die Leistungsaufträge gemäss BEILAGE werden genehmigt.
2. Die Globalbudgets mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 39 153 570 für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

	CHF
- Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	2 992 493
- Steuern	496 043
- Gesundheit	4 677 161
- Kultur, Freizeit, Sport	3 809 652
- Bildung	13 552 299
- Öffentliche Sicherheit	1 046 420
- Soziale Dienste	7 724 597
- Verkehr, Strassen	3 036 631
- Versorgung	1 044 810
- Raumplanung, Umwelt	773 464
3. Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets gemäss Tabelle 4 in Kapitel 5 mit einem Nettoertrag von insgesamt CHF 39 159 300 werden genehmigt.
4. Die Ansätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt beschlossen:
 - 46% Steuerfuss der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuer
 - 2% Ertragssteuersatz
 - 1.75 ‰ Kapitalsteuersatz
5. Die Feuerwehr-Ersatzabgabe beträgt unverändert 3 ‰ vom steuerbaren Einkommen gemäss § 5 des Feuerwehr-Reglements.
6. Der Voranschlag der Laufenden Rechnung 2012 mit Aufwendungen von CHF 73 716 136 Erträgen von CHF 73 721 866 und einem Gewinn von CHF 5730 wird genehmigt.
7. Folgende Investitionsausgaben gemäss Aufstellung unter Ziffer 6.2 (S. 24) werden direkt beschlossen:

- Ersatzbeschaffung Werkhofffahrzeug (Trottoirwischmaschine)	CHF	180 000
- Finanzierung Anteil Binningen an zusätzlichem Salzsilo	CHF	130 000
8. Das Investitionsbudget 2012 mit Ausgaben von CHF 6 549 000, Einnahmen von CHF 309 000 und Nettoinvestitionen von CHF 6 240 000 wird zur Kenntnis genommen.
9. Der Stellenetat für 2012 wird mit 11 340 Stellenprozenten genehmigt.
10. Vom Finanzplan 2013 – 2016 wird Kenntnis genommen.

TEIL V: ANHÄNGE UND BEILAGE

- ANHANG I KAP Controlling
- ANHANG II Verteilung der Kosten der Leistungszentren
- ANHANG III Abschreibungen auf dem Verwaltungs- und Finanzvermögen
- ANHANG IV Investitionsplan 2012 - 2019
- ANHANG V Der Produktrahmen

- BEILAGE Leistungsaufträge 1 bis 10

ANHANG I: KAP Controlling der Umsetzungsmassnahmen in der Kompetenz des Einwohnerrats

Produkt		Antrag GR vom 31.5.2010	Beschlüsse ER vom 28.2.2011	2012 wirksam
Nr.	Name			
1.02a	Einwohnerrat	Das ER-Protokoll wird als Tonprotokoll erstellt und kann über Homepage abgehört werden. Das Beschlussprotokoll bleibt schriftlich und wird publiziert (Anpassung ER-Geschäftsordnung).	noch offen, Entscheid zu Beginn des Jahres 2012	nein
1.02	Behörden	Die Abgeltung für Sitzungsvorbereitung wird für alle Behördenmitglieder auf 2 Stunden je Sitzung begrenzt (Anpassung des Vergütungsreglements).	Im Vergütungsreglement werden die Stundenansätze für Behördenmitglieder ab 2012 von bisher CHF 55 auf CHF 50 und von CHF 110 auf neu CHF 100 reduziert (Einsparung: CHF 28 000).	ja
4.02h	Freizeit und Sport	Auf die Auszahlung von Beiträgen an das Projekt "Binningen bewegt" wird verzichtet (Anpassung des Leistungsauftrags).	abgelehnt	nein
5.03a	Sekundarschule	Die Auszahlung der freiwilligen zusätzlichen Beiträge der Gemeinde für Gesundheitsfördernde Massnahmen wird eingestellt (Anpassung des Leistungsauftrags).	abgelehnt	nein
5.03b	Sekundarschule	Auf eine zusätzliche Subventionierung des Sitzungsgeldes der Binninger Sekundarschulratsmitglieder wird verzichtet (Anpassung des Vergütungsreglements).	Die Subventionierung der Sitzungsgelder der Binninger Sekundarschulratsmitglieder wird per 30.6.2012 (Ende der Amtsperiode) eingestellt (Einsparung / Jahr: CHF 6 000).	ja
8.01	Allmend- und Parkraumbewirtschaftung	Die Allmendgebühren werden von CHF 1.00 auf CHF 1.50/m ² pro Woche angehoben oder es wird eine Malusgebühr für Folgebewilligung von CHF 2.00/m ² pro Woche erhoben (Anpassung des Allmendreglements).	Der Gemeinderat legt dem Einwohnerrat ein Allmendreglement mit höheren Gebühren vor.	ja *
9.01	Abwasser	Die GEP-Umsetzungsdauer für Neuinvestitionen (v.a. Trennsystem) wird von 40 Jahren auf rund 60 Jahre erhöht (Anpassung des Leistungsauftrags).	Der Leistungsauftrag 9.1 wird geändert, die Umsetzungsdauer des GEP (Genereller Entwässerungsplan) von 40 auf 60 Jahre erhöht (Einsparung in 2013: CHF 0,35 Mio.).	nein
9.04a	Bestattung	Es wird eine Gebühr für die bisher kostenlose Bestattungsdienstleistungen für Einheimische unter Beachtung der Preisniveaus in anderen Gemeinden eingeführt (Anpassung des Friedhofs- und Bestattungsreglements).	abgelehnt	nein
9.04b	Bestattung	Die Friedhofsumgebung wird umgestaltet (Investitionsvorlage), der Unterhaltsbedarf damit gesenkt.	Der GR legt dem ER ein Konzept für Umgestaltungsmassnahmen des Friedhofs vor. Das Konzept auf der Basis einer Projektstudie beinhaltet neben der eigentlichen Gestaltung auch Vergleiche mit ähnlichen Anlagen und Aussagen über die notwendigen Investitionen und zu erwartenden Einsparungen.	ja **
LZ 1c	Management Personal	Die Jubiläumsprämie für Mitarbeitende gibt es neu erst ab dem 15. statt dem 10. Dienstjahr. Neben den Optionen "Ferien" und "Einkauf in PK bei Deckungslücke" fällt jene der Barabgeltung von CHF 2000 weg (Anpassung des Personalreglements).	Die Jubiläumsprämie wird erst vom 15. Dienstalter an entrichtet (CHF 20 000).	ja
LZ 1g	Management Personal	Die Mitarbeitenden beteiligen sich neu mit 50% an Jahresprämie für UVG-Zusatz-Versicherung (Anpassung des Personalreglements).	Das Personal übernimmt 50% der Prämien der UVG Zusatzversicherung selbst (CHF 17 500)	ja

* Es ist eine Reglementsanpassung vorgesehen mit entsprechenden Mehreinnahmen von rund CHF 20 000.

** Es ist vorgesehen, im 2012 einen entsprechenden Auftrag an ein externes Büro zu erteilen. Betrag (25 000) ist im Budget eingestellt.

ANHANG II: Leistungszentren

Leistungszentrum	Kostenstelle	Aufwand (CHF)		Kosten werden umgelegt auf...	Basis für Umlageberechnung
		VA 2011	VA 2012		
LZ 1 Management, Personal	1000	1 404 683	1 695 919	LZ, Produktgruppen-Gemeinkosten	Anzahl Mitarbeitende
LZ 2 Rechnungswesen	2000	509 960	477 615	LZ, Produktgruppen-Gemeinkosten, Produkte	50% pauschal, 50% spez. Leistungen
LZ 3 Gebäudeunterhalt	3000	408 602	599 774	Produktgruppen-Gemeinkosten	Anzahl Mitarbeitende
LZ 4 Werkhof	4000	3 227 813	2 505 841	Produkte	Stundenerfassung
LZ 5 IT	5000	1 070 650	1 207 030	LZ, Produktgruppen-Gemeinkosten	Bildschirmarbeitsplätze
TOTAL		6 621 708	6 486 179		

ANHANG III: Abschreibungen auf dem Verwaltungs- und Finanzvermögen im Voranschlag 2012



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerkasse (Beträge in 1000 Franken)

Fkt.	Bezeichnung	Investitionen 2012	ordentliche Abschreibungen	Konto	ausserordentliche Abschreibungen	Konto
020	Verwaltung	425		020.331	-	020.332
100	Grundbuch	-		100.331	-	100.332
140	Feuerwehr	350		140.331	-	140.332
210	Primarschule	-		210.331	-	210.332
241	Kindergarten	-		241.331	-	241.332
242	Primarschulhaus	543		242.331	380	242.332
244	Sekundarschule	-		244.331	-	244.332
295	Mittagstisch / Nachmittagsbetreuung	-		295.331	-	295.332
300	Kulturförderung	-		300.331	-	295.332
341	Gartenbad	-		341.331	-	341.332
342	Hallenbad	-		342.331	-	342.332
344	Sportplätze	1'000		344.331	1'000	344.332
359	Freizeit	-		359.331	-	359.332
410	Pflegeheime	2'018		410.331	2'018	410.332
540	Jugend	-		540.331	-	540.332
620	Gemeindestrassen/Werkhof	480		620.331	-	620.332
740	Friedhof	-		740.331	-	740.332
750	Gewässer	100		750.331	-	750.332
780	Umweltschutz	-		780.331	-	780.332
790	Raumplanung	-		790.331	-	790.332
942	Liegensch. Finanzvermögen	923		942.331	-	942.330
	Vorfinanziert					
TOTAL mit Vorfinanzierung		5'839	-		3'398	

Spezialfinanzierungen (Beträge in 1000 Franken)

Fkt.	Bezeichnung	Investitionen 2012	ordentliche Abschreibungen	Konto	ausserordentliche Abschreibungen	Konto
710	Abwasserbeseitigung	401		710.331	401	710.332
TOTAL		401	-		401	

Einwohnerkasse und Spezialfinanzierungen (Beträge in 1000 Franken)

	Investitionen 2012	ordentliche Abschreibungen	Konto	ausserordentliche Abschreibungen
TOTAL alle Finanzierungen:	6'240	-		3'799

ANHANG IV: Investitionsplan 2012 – 2019

Tabelle 12

Mio. CHF	Prognose 2011	Voranschlag 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019	Total 12-19
Nettoinvestitionen ohne Spezialfinanzierungen	7.6	5.8	7.9	9.5	3.1	3.3	8.5	0.4	0.3	38.8
Verwaltung	0.2	0.4	0.2	1.1	-	0.3	-	-	-	1.9
Grundbuch	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Feuerwehr	0.4	0.4	0.2	0.7	-	0.1	-	-	-	1.3
Kindergarten/Primarschule	-1.6	0.5	1.7	4.7	1.9	2.0	8.1	-	-	18.9
Sekundarschule	-0.2	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Mittagstisch	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kulturförderung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gartenbad	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hallenbad	-	-	0.8	0.6	-	-	-	-	-	1.4
Sportplätze	0.1	1.0	2.8	-	-	-	-	-	-	3.8
Freizeit	-	-	-	-	0.1	0.1	0.2	0.1	-	0.5
Pflegeheime	8.4	2.0	-	-	-	-	-	-	-	2.0
Jugend	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gemeindestrassen/Werkhof	0.4	0.5	0.4	0.4	0.6	0.7	0.1	0.2	0.2	3.0
Friedhof	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewässer	-	0.1	0.5	0.5	0.3	-	-	-	-	1.4
Umweltschutz	-	-	-	0.1	-	-	-	-	-	0.1
Raumplanung	0.0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Fernwärme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Liegensch. Finanzvermögen	-	0.9	1.4	1.4	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	4.5
+ Annahmen zu Nettoinvestitionen 2012-2014										-
Nettoinvestitionen ab 2012 zu 85%		5.8	6.7	8.1	2.6	2.8	7.3	0.3	0.3	33.9

ANHANG V: Produktrahmen

	C. Simon	M. Keller	H. Ernst	B. Gehrig	N. Schwarz	B. Gehrig	A. Mati	C. Simon	A. Mati	A. Schuler
Produktgruppen	Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen 1	Finanzen, Steuern 2	Gesundheit 3	Kultur, Freizeit & Sport 4	Bildung 5	Öffentliche Sicherheit 6	Soziale Dienste 7	Verkehr, Strassen 8	Versorgung, Umwelt 9	Ortsplanung, Baugesuche 10
	S.Hangartner / P. Oppliger	M. Isler	B. Wiggli	S. Brugger	S. Brugger	S. Hangartner	B. Wiggli	M. Ruf	M. Ruf	P. Zimmermann
Produkte	1.01 Einwohnerdienste	2.01 Steuern	3.01 Gesundheitsförderung	4.01 Kultur	5.01 Primarschule	6.01 Gemeindeführungsstab	7.01 Vormundschaft (H. Ernst)	8.01 Allmend-/ Parkraumbew.	9.01 Abwasserbeseitigung	10.01 Ortsplanung
	1.02 Einwohnerrat	2.02 Finanzvermögen	3.02 Ambulante Gesundheits- und Betagtenangebote	4.02 Freizeit und Sport	5.02 Musikschule	6.02 Feuerwehr	7.02 Beratung, Prävention	8.02 Gemeindestrassen	9.02 Abfallentsorgung	10.02 Baugesuche
	1.03 Gemeinderat				5.03 Sekundarschule	6.03 Gemeindepolizei	7.03 Finanz-/ Sozialhilfe	8.03 Gemeindeverkehr	9.03 Wasserversorgung	
	1.04 Aussenbeziehungen		3.03 Familienexterne Kinderbetreuung		5.04 Erwachsenenbildung	6.04 Zivilschutzorganisation	7.04 Asyl	8.04 öffentlicher Verkehr	9.04 Bestattung	
		3.04 Stationäre Angebote		5.05 Gesundheitsförderung und Beratungsstellen				9.05 GGA		
								9.06 Umwelt (z.T. A. Schuler)		

Leistungszentren

C. Simon	M. Keller	A. Schuler	A. Schuler	M. Keller
LZ 1	LZ 2	LZ 3	LZ 4	LZ 5
Management, Personal	Rechnungswesen	Gebäudeunterhalt	Werkhof	IT
P. Oppliger	M. Isler	P. Zimmermann	M. Ruf	S. Hangartner